



Bericht

der Landesregierung

Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2015 des Landes Schleswig-Holstein

—

Federführend ist der Ministerpräsident

Inhaltsverzeichnis

1. Auftrag	4
2. Aufbau und Gliederung des Berichts	6
3. Weitere Rahmenvorgaben des Berichts	6
3.1. Berichtszeitraum	6
3.2. Für den Bericht erfasste Bereiche der Landesverwaltung	7
3.3. Beschreibung der aktuellen Datenlage	11
3.4. Übergangssituation	11
3.4.1. Personalmanagement- und Personalinformationssystem für Abrechnung „Permis-A“	12
3.4.2. Personalmanagement- und Personalinformationssystem für Beihilfe „Permis-B“	12
3.4.3. Bereits bestehende regelmäßige Personalberichte der Landesregierung	13
3.4.4. Kooperatives Personalmanagement (KoPers)	14
3.5. Zielbeschreibung der zukünftigen Datenlage aus Sicht von „KoPers“	14
4. Personalstrukturbericht (Datenteil)	16
4.1. Beschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung	17
4.2. Frauen und Männer in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit	19
4.3. Gesamtbeschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit	20
4.4. Beamtinnen und Beamte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit	22
4.5. Tarifbeschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit	23
4.6. Fehlzeitenstatistik	24
5. Übersicht über die Besoldungsgruppen	31
5.1. Anwärterinnen u. Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare im Beamtenverhältnis	31
5.2. Laufbahngruppe 1 / 1. Einstiegsamt (ehemals „einfacher Dienst“)	32
5.3. Laufbahngruppe 1 / 2. Einstiegsamt (ehemals „mittlerer Dienst“)	33
5.4. Laufbahngruppe 2 / 1. Einstiegsamt (ehemals „gehobener Dienst“)	34
5.5. Laufbahngruppe 2 / 2. Einstiegsamt (ehemals „höherer Dienst“)	35
5.6. B-, C-, W-, R-Besoldung	36

6. Übersicht über die Entgeltgruppen	37
6.1. Entgeltgruppe 1 bis Entgeltgruppe 5	37
6.2. Entgeltgruppe 6 bis Entgeltgruppe 11	38
6.3. Entgeltgruppe 12 bis Entgeltgruppe 15ü (übertariflich).....	39
6.4. Entgeltgruppe PKW-Tarif.....	40
6.5. Sonstige Beschäftigte.....	41
7. Personalausgaben	42
7.1. Besoldung und Entgelt	42
7.2. Personalausgaben für Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare (Beamtenbereich).....	44
7.3. Personalausgaben für Auszubildende (Tarifbereich).....	45
8. Altersstruktur der Beschäftigten in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung	46
9. Durchschnittliches Eintrittsalter in den Landesdienst	48
10. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze	49
10.1. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Jahre 2015 bis 2021	49
10.2. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Jahre 2022 bis 2027	51
10.3. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Zusammenfassung	52
10.4. Frühpensionierung von Beamtinnen und Beamten	53
11. IST-Ausgaben für Versorgung (Daten aus SAP)	55
12. IST-Ausgaben für Beihilfe (Daten aus SAP)	58
13. Personalmanagementbericht	62
13.1. Das Zentrale Personalmanagement der Staatskanzlei.....	62
13.2. Betriebliches Gesundheitsmanagement	65
13.3. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung	66
13.4. Flexible Arbeitsformen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein.....	67
13.4.1. Einführung flexibler Arbeitsformen in der Landesverwaltung	68
13.4.2. Teilzeitbeschäftigung / Wohnraumarbeit (ehemals „alternierende Telearbeit“)	69
13.5. Personalabgangsprognose im Lichte des demografischen Wandels	71
13.6. Vermeidung von Frühpensionierungen durch betriebliche Gesundheitsförderung	73

1. Auftrag

Der schleswig-holsteinische Landtag hat auf Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drucksache 18/1867 mit den aus Umdruck 18/4219 ersichtlichen Änderungen) und nach Beratung in den zuständigen Ausschüssen die Landesregierung am 19. Juni 2015 aufgefordert, einen Personalstruktur- und Personalmanagementbericht des Landes Schleswig-Holstein zu erstellen und vorzulegen (vgl. Nr. 24 aus Drucksache 18/3090).

Dieser Bericht soll jährlich fortgeschrieben und bei Vorliegen einer erweiterten Datenbasis weiterentwickelt werden.

Ziel ist es, den Bericht zeitnah zum Berichtszeitraum vorzulegen, um aktuell Auskunft über die Personalstruktur und –situation in der Landesverwaltung und ihren öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu geben. Der Bericht soll auf diese Weise als Grundlage für personalpolitische Steuerungsentscheidungen dienen und darüber hinaus die Öffentlichkeit informieren.

Auf der Basis der aktuell für alle Beschäftigten der unmittelbaren Landesverwaltung verfügbaren Datenlage enthält der vorliegende Bericht die Strukturdaten des aktiven Personalbestands, die Personalabgangsprognose sowie die Entwicklung der Personalausgaben nach Ressorts, ihren Einrichtungen und Behörden sowie Landesbetrieben.

Mit der Erweiterung der Datenbasis im Zuge der Einführung des integrierten IT-Verfahrens („KoPers“ = Kooperatives Personalmanagement) wird der Berichtsumfang schrittweise erweitert, um den zunehmenden Steuerungsanforderungen im Personalmanagement gerecht zu werden (z. B. in den öffentlich-rechtlichen Unternehmen). Die bisherigen Berichte des Personalwesens sollen perspektivisch in ein einheitliches Berichtswesen überführt werden. Außerdem werden in diesem Bericht die aktuell im Fokus stehenden Themen eines modernen Personalmanagements dargestellt.

Zu diesem Zweck musste ein geeignetes Datenformat zur umfassenden und landeseinheitlichen Auswertung und Darstellung der Personalstrukturdaten neu entwickelt werden. Auf der jetzt erarbeiteten Grundlage soll die zuvor genannte Erweiterung zukünftiger Berichte erfolgen.

Die Bereiche „Landtag“ und „Landesrechnungshof“ sind auf eigenen Wunsch nicht in diesem Bericht vertreten.

2. Aufbau und Gliederung des Berichts

Der vorliegende erste Personalbericht der Landesregierung gliedert sich in einen Personalstrukturbericht (Datenteil) und einen Personalmanagementbericht.

Der Personalstrukturbericht konzentriert sich darauf, die aktuelle Personalsituation der Landesverwaltung anhand relevanter Daten aus dem Jahr 2014 zu beschreiben, und dient als Grundlage für personalpolitische Entscheidungen.

Im Personalmanagementbericht werden perspektivische Aussagen getroffen zu personalwirtschaftlich relevanten Aspekten im Jahr 2015. Im Blickpunkt stehen die Altersstruktur, die Gleichstellung der Geschlechter, die flexible Gestaltung der Arbeitszeit sowie der flexiblere Übergang in den Ruhestand.

3. Weitere Rahmenvorgaben des Berichts

3.1. Berichtszeitraum

Der Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2015 des Landes Schleswig-Holstein bezieht sich auf das Kalenderjahr 2014. Soweit es sich um monats- oder stichtagsbezogene Daten handelt, werden der Monat Dezember 2014 bzw. der Stichtag 31. Dezember 2014 zugrunde gelegt. Dieser Bezugspunkt und andere Informationen können den Legendenden zu jeder einzelnen Tabelle entnommen werden.

Diese zeitlichen Festlegungen dienen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Daten untereinander sowie dem Vergleich mit anderen Personalberichten. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, da perspektivisch gesehen ein einheitliches Personalberichtswesen aufgebaut werden soll (siehe hierzu auch die Anmerkungen unter Nr. 1 „Auftrag“).

3.2. Für den Bericht erfasste Bereiche der Landesverwaltung

Die erfassten Bereiche sind:

Oberste Landesbehörden (gem. § 5 Abs. 1 LVwG)

(ohne Landtag und Landesrechnungshof)

- Ministerpräsident / Staatskanzlei (MP / StK)
- Ministerium für Justiz, Kultur und Europa (MJKE)
- Ministerium für Schule und Berufsbildung (MSB)
- Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB)
- Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR)
- Finanzministerium (FM)
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT)
- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG)

Zugeordnete Ämter (gem. § 5 Abs. 2 LVwG)

- Landespolizeiamt (MIB)
- Landeskriminalamt (MIB)
- Landesfeuerweherschule (MIB)
- Amt für Planfeststellung Energie (MELUR)
- Amt für Bundesbau (FM)
- Amt für Informationstechnik (FM)

Gerichte und Staatsanwaltschaften

- Oberlandesgericht (MJKE)
- Staatsanwaltschaft bei dem Schl.-H. Oberlandesgericht (MJKE)
- Landessozialgericht (MJKE)
- Landesarbeitsgericht (MJKE)
- Finanzgericht (MJKE)
- Oberverwaltungsgericht (MJKE)
- Landgerichte (MJKE)

- Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten (MJKE)
- Amtsgerichte (MJKE)
- Sozialgerichte (MJKE)
- Arbeitsgerichte (MJKE)
- Verwaltungsgericht (MJKE)

Landesoberbehörden gem. § 6 LVwG

- Archäologisches Landesamt (MJKE)
- Landesamt für Denkmalpflege (MJKE)
- Landesarchiv (MJKE)
- Landesbibliothek (MJKE)
- Landesamt für Vermessung und Geoinformation SH (MIB)
- Landesamt für Ausländerangelegenheiten (MIB)
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR)
- Landesbetrieb Landeslabor Schleswig-Holstein (MELUR)
- Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein – LKN SH (MELUR)
- Finanzverwaltungsamt (FM)
- Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein – LBV SH (MWAVT)
- Landesamt für soziale Dienste (MSGWG)

Untere Landesbehörden (gem. § 7 LVwG)

- Justizvollzugsanstalten (MJKE)
- Jugendanstalt (MJKE)
- Jugendarrestanstalt (MJKE)
- Schulämter (MSB)
- Schulen nach § 2 SchulG (MSB)
- Polizeidirektionen (MIB)
- Finanzämter (FM)
- Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes SH (FM)
- Schleswig-Holsteinische Seemannsschule (MWAVT)

Zusätzlich erfasster Bereich

- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU)
- Universität zu Lübeck
- Europa Universität Flensburg
- Musikhochschule Lübeck
- Muthesius Kunsthochschule
- Fachhochschule Flensburg
- Fachhochschule Kiel
- Fachhochschule Lübeck
- Fachhochschule Westküste
- Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH), Campus Kiel, soweit über „Permis-A“ abgerechnet
- Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH), Campus Lübeck, soweit über „Permis-A“ abgerechnet
- Stiftung Landesmuseen
- Stiftung Naturschutz
- Institut für Weltwirtschaft
- Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik
- Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaft
- Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR, soweit über „Permis-A“ abgerechnet

Bei dem „zusätzlich erfassten Bereich“ handelt es sich um eine Aufzählung von Dienststellen, die aufgrund bestehender technischer Möglichkeiten hier abgebildet werden können. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie wird in zukünftigen Personalberichten kontinuierlich vervollständigt.

Zur Vermeidung von Rückschlussmöglichkeiten auf einzelne Beschäftigungsverhältnisse wurden die ausgewerteten Beschäftigtenzahlen jeweils auf Ministeriumsebene, auf Hochschulebene, auf UKSH-Ebene

sowie auf Institutsebene oder auf anderweitiger Dienststellenebene zusammengefasst.

Gleichzeitig wurden in den nachfolgenden Tabellen Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich unkenntlich gemacht, ohne jedoch das Gesamtergebnis zu verändern.

Diese Verfahrensweise wurde im Interesse eines umfassenden Datenschutzes mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein abgestimmt.

Auf Wunsch stellt die Staatskanzlei dem Landtag bzw. den zuständigen Ausschüssen die vollständigen Tabellendaten zur vertraulichen Beratung zur Verfügung.

3.3. Beschreibung der aktuellen Datenlage

Die Personalstrukturdaten für diesen Bericht wurden bis auf wenige Ausnahmen aus dem Verfahren „Permis-A“ (Personalmanagement- und –informationssystem, Bereich Abrechnung) generiert.

Die Informationen zu den IST-Ausgaben der Bereiche „Versorgung“ und „Beihilfe“ des Finanzverwaltungsamtes wurden aus dem Finanzverfahren „SAP“ generiert.

Hinzu kommen in geringem Umfang Informationen aus anderen Bereichen, die jeweils besonders gekennzeichnet sind.

3.4. Übergangssituation

Der vorliegende Personalstruktur- und Personalmanagementbericht wurde hinsichtlich der aktuellen Datenlage während einer Übergangssituation erstellt. Diese ist dadurch gekennzeichnet, dass das bisherige und langjährig in Betrieb befindliche Personalmanagement- und Personalinformationssystem für Abrechnung (sog. „Permis-A“) das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht hat. Es entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen an ein leistungsfähiges Personalmanagement- und Personalinformationssystem und soll durch das neue Integrierte Kooperative Personalmanagement „KoPers“ abgelöst werden. Dieses Verfahren steht aktuell noch nicht für die Generierung von Personalstrukturdaten zur Verfügung.

Aus diesem Grund mussten die für den vorliegenden Bericht relevanten Personalstrukturdaten weiterhin aus dem Verfahren „Permis-A“ generiert werden.

Es ist aufgrund des veralteten Systems nicht auszuschließen, dass die generierten Berichtsdaten im Einzelfall auch Ungenauigkeiten aufweisen (sogenannte „Schnittstellenproblematik“).

3.4.1. Personalmanagement- und Personalinformationssystem für Abrechnung „Permis-A“

Das Personalabrechnungsverfahren „Permis-A“ verarbeitet alle Arten von Leistungen: Bezüge von Beamtinnen und Beamten, Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie Entgelt für Beschäftigte, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage aller für den öffentlichen Dienst geltenden Rechtsvorschriften und Tarifregelungen.

Hierfür sind ressortübergreifend alle abrechnungsrelevanten Daten gespeichert. Deshalb stellen die in „Permis-A“ vorhandenen Daten grundsätzlich eine solide Grundlage für die Erhebung der Personalstrukturdaten für diesen Bericht dar (abgesehen von der „Schnittstellenproblematik“). Die Generierung dieser Daten erfolgte über eine im Projekt „KoPers“ zentral angesiedelte Stelle (PCS-Leitstelle). Die abrechnungsrelevanten Daten für den Bereich der Versorgung wurden mit Wirkung vom 1. April 2014 von „Permis-A“ in das im Aufbau befindliche integrierte Personalmanagementsystem „KoPers“ überführt. Umfängliche Auswertemöglichkeiten stehen hier jedoch noch nicht zur Verfügung.

3.4.2. Personalmanagement- und Personalinformationssystem für Beihilfe „Permis-B“

Das zentrale Online-Verfahren „Permis-B“ ist ein eigenständiges Beihilfeabrechnungsverfahren. Es bietet zwar keine detaillierten Auswertemöglichkeiten für Personalstrukturdaten, dennoch ist es möglich, beispielsweise die Höhe der gezahlten Beihilfe für die vergangenen Jahre nach Aktiven und Versorgungsberechtigten aufzuschlüsseln (in Verbindung mit dem Verfahren „SAP“).

3.4.3. Bereits bestehende regelmäßige Personalberichte der Landesregierung

In der Landesverwaltung werden bereits folgende regelmäßige Personalberichte erstellt:

1. Übersicht über unbesetzte Planstellen und Stellen;
2. Übersicht über freie, freiwerdende und unterbesetzte Planstellen und Stellen ab A 15 / Entgeltgruppe 15 aufwärts (einschließlich Sonderdienstvertrag) nach Nr. 6.1 des Delegationserlasses der Ministerpräsidentin vom 15. Juli 2002;
3. Einstellungszahlen der Nachwuchskräfte der Steuerverwaltung;
4. Berechnung der Schwerbehindertenquote;
5. Bericht über die Beförderungen und Höhergruppierungen;
6. Fehlzeitenstatistik (ohne Erfassung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten);
7. Bericht über die Entwicklung der Frühpensionierungen;
8. Bericht über die Ergebnisse und Erfahrungen aus der Regelbeurteilung;
9. Gleichstellungsbericht;
10. Berichtswesen im Sinne der „59er“-Vereinbarung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement;
11. Beteiligungsbericht / Gremienbericht
12. Stellen- und Personalabbaubericht.

Diese Berichte liefern weitreichende Erkenntnisse zur Personalstruktur und zum Personalmanagement. Sie werden entweder für eigene Belange, im Auftrag von Bundesbehörden oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen verfasst.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Datengrundlagen ist die Vergleichbarkeit bzw. die weitere Verarbeitung von Daten aus unterschiedlichen Berichten nur eingeschränkt möglich.

Ungeachtet dessen geben die aufgeführten Berichte jedoch weiterführende Informationen und Bewertungen zur Personalstruktur, sofern und soweit sie nicht aus dem vorliegenden Bericht hervorgehen.

Die zuvor genannten Personalberichte sollen perspektivisch in ein einheitliches Berichtswesen überführt werden.

3.4.4. Kooperatives Personalmanagement (KoPers)

Die Ablösung von „Permis-A“ und „Permis-V“ (und voraussichtlich auch „PERLE“) durch ein integriertes Personalmanagementsystem findet gegenwärtig im Projekt „KoPers“ statt. Der Bereich „Versorgung“ (vormals in „Permis-A“ enthalten) wurde bereits mit Wirkung vom 1. April 2014 in das „KoPers“-Verfahren überführt.

Die Überführung der Abrechnungsverfahren „Besoldung“ und „Entgelt“ soll zukünftig erfolgen. Dementsprechend stehen relevante Personalstrukturdaten aus diesen Systembereichen gegenwärtig noch nicht zur Verfügung.

3.5. Zielbeschreibung der zukünftigen Datenlage aus Sicht von „KoPers“

Die Personalverwaltung und die Personalabrechnung für die Beschäftigten der unmittelbaren Landesverwaltung erfolgen in Schleswig-Holstein in drei voneinander getrennten IT-Systemen:

- Personalverwaltung (ohne Lehrerinnen und Lehrer): „Permis-Verwaltung“
- Personalverwaltung Lehrer: „PERLE“
- Personalabrechnung: „Permis-Abrechnung“

Daraus folgt für die Berichtserstellung, dass Daten aus jeweils nur einem der drei IT-Systeme generiert werden können. Eine Synthese von

Daten aus zwei bzw. aus allen drei IT-Systemen ist derzeit nicht möglich, da hierfür ein zentraler Generator fehlt.

Eines der Hauptziele des Programms „Kooperatives Personalmanagement“ - „KoPers“ ist es, die derzeit getrennt voneinander bestehenden IT-Lösungen für die Personalverwaltung („Permis-Verwaltung“ und „PERLE“) einerseits und die Personalabrechnung („Permis-Abrechnung“) andererseits in einer Lösung zu integrieren. So soll es zukünftig möglich sein, Daten aus der Personalverwaltung zusammen mit Daten aus der Personalabrechnung zu generieren und in einem Bericht konsolidiert darzustellen.

Nach aktueller Planung wird im Jahr 2016 die bislang über „Permis-A“ erfolgende Abrechnung der Bezüge (Besoldung und Entgelt) vollständig in das System „KoPers“ überführt werden.

Eine ressortweise sukzessive Ablösung von „Permis-Verwaltung“ und „PERLE“ wird voraussichtlich bis Ende 2017 abgeschlossen sein.

4. Personalstrukturbericht (Datenteil)

Generelle Hinweise:

- a) Die nachfolgenden Personalstrukturdaten enthalten auf eigenen Wunsch keine Angaben aus den Bereichen „Landtag“ und „Landesrechnungshof“.
- b) Einzelne Felder der nachfolgenden Tabellen wurden nach Absprache mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) in den Fällen frei gelassen, in denen Rückschlüsse auf einzelne Beschäftigungsverhältnisse möglich wären, ohne jedoch hierbei die Gesamtergebnisse zu verändern.
- c) Tabellenbereiche, die gemäß Buchstabe b) keine Daten anzeigen, wurden wegen fehlendem Erkenntnisgewinn so weit wie möglich ausgeblendet mit der Folge, dass diese Zellinhalte sowie ggf. auch ganze Reihen und Spalten nicht sichtbar sind. Die ausgewiesenen Zwischen- bzw. Endsummen entsprechen jedoch immer den rechnerisch korrekten Gesamtergebnissen.
- d) In den Tabellen sind alle aktiven Beschäftigungsverhältnisse aus dem Verfahren „Permis-A“ abgebildet, also auch krankheitsbedingt Abwesende (Krankheit ohne Bezüge, Krankheit mit Krankengeldzuschuss, Aussteuerung durch Krankenkasse) und Beurlaubte (Grundwehrdienst / ziv. Ersatzdienst / Eignungsübung, Rente auf Zeit: volle Erwerbsminderung, Mutterschutzfälle, Elternzeitfälle, Pflegezeitfälle, unbezahlter Urlaub / Steuer nach Monats-Tabelle, unbezahlter Urlaub / Steuer nach Tages-Tabelle, Erkrankung Kind, Pflegeunterstützung).
- e) Die nachfolgenden Personalstrukturdaten wurden bis auf wenige Ausnahmen aus dem Verfahren „Permis-A“ generiert. Andere Datenquellen sind jeweils besonders gekennzeichnet.

4.1. Beschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung

Lfd. Nr.	Tabelle Nr. 4.1.	Beschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung											
	Dezember 2014	Einzelpläne 03-10 + 13			Landesbetriebe: Landeslabor SH LKN SH LBV SH			Zusätzlicher Bereich (siehe Nr. 3.2. des Berichts)			Summe		
		m	w	ges.	m	w	ges.	m	w	ges.	m	w	ges.
1	Unbefristet Beschäftigte mit monatlichen Bezügen	19538	26164	45702	1704	537	2241	2167	1902	4069	23409	28603	52012
2	Befristet Beschäftigte mit monatlichen Bezügen	650	1366	2016	10	16	26	1944	1617	3561	2604	2999	5603
3	Summe Zeilen 1 bis 2	20188	27530	47718	1714	553	2267	4111	3519	7630	26013	31602	57615
4	Auszubildende Anwärter/innen Referendare/innen Praktikanten/innen mit Ausbildungsvergütung	1368	1926	3294	71	14	85	47	41	88	1486	1981	3467
5	Aushilfskräfte							1357	1283	2640	1358	1283	2641
6	Beschäftigte ohne Entgeltfortzahlung wg. längerer AU	46	145	191			39	23	48	71	99	202	301
7	Ohne monatliche Bezüge vom Land Beurlaubte	234	2034	2268	15	40	55	57	143	200	306	2217	2523
8	Summe aller Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst Schleswig-Holstein (Summe Zeilen 3 bis 7)	21837	31635	53472	1830	616	2446	5595	5034	10629	29262	37285	66547

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle Nr. 4.1.

- Nr. 1: Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte im unbefristeten Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit monatlichen Bezügen;
- Nr. 2: Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte im befristeten Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit monatlichen Bezügen;
- Nr. 4: Beschäftigte in einem Ausbildungsverhältnis;
- Nr. 5: Beschäftigte, die als Aushilfen beschäftigt werden;
- Nr. 6: Beschäftigte gem. § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz;
- Nr. 7: Beschäftigte in Mutterschutz, Elternzeit, Pflegezeit usw.

Weitere Erläuterungen zu Tabelle 4.1.

- a) In der unmittelbaren Landesverwaltung (Einzelpläne 03-10 + 13) sind deutlich mehr Frauen (59,2 %) als Männer (40,8 %) tätig.
- b) In den Landesbetrieben sind weitaus mehr Männer (74,8 %) als Frauen (25,2 %) tätig.
- c) In dem zusätzlich erfassten Bereich sind etwas mehr Männer (52,6 %) als Frauen (47,4 %) tätig.
- d) Insgesamt sind deutlich mehr Frauen (56,0 %) als Männer (44,0%) in der Landesverwaltung beschäftigt.

4.2. Frauen und Männer in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit

Tabelle 4.2.	Frauen und Männer in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit (F = Frauen, M = Männer, TZ = Teilzeit)										
	Dezember 2014										
	F + M gesamt	Frauen gesamt	Frauen gesamt in %	F TZ gesamt	F TZ gesamt in %	Männer gesamt	Männer gesamt in %	MTZ gesamt	MTZ gesamt in %	F + M TZ gesamt	Teilzeit- Quote gesamt
Summe Geschäftsbereich MP / StK	229	127	55,5%	48	37,8%	102	44,5%			57	24,9%
Summe Geschäftsbereich MJKE	6154	3693	60,0%	1375	37,2%	2461	40,0%	75	3,0%	1450	23,6%
Summe Geschäftsbereich MSB	30065	20846	69,3%	10900	52,3%	9219	30,7%	1633	17,7%	12533	41,7%
Summe Geschäftsbereich MIB	9596	2747	28,6%	967	35,2%	6849	71,4%	184	2,7%	1151	12,0%
Summe Geschäftsbereich MELUR	2240	932	41,6%	477	51,2%	1308	58,4%	171,0	13,1%	644	28,8%
Summe Geschäftsbereich FM	5260	3054	58,1%	1649	54,0%	2206	41,9%	241	10,9%	1890	35,9%
Summe Geschäftsbereich MWAVT	1714	422	24,6%	164	38,9%	1292	75,4%	88	6,8%	252	14,7%
Summe Geschäftsbereich MSGWG	660	430	65,2%	207	48,1%	230	34,8%			220	33,3%
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	55918	32251	57,7%	15787	49,0%	23667	42,3%	2414	10,2%	18197	32,5%
Summe Hochschulbereich	9537	4446	46,6%	2603	58,5%	5091	53,4%	2042	40,1%	4645	48,7%
Summe UKSH, Campus Kiel	80	19	23,8%			61	76,3%				
Summe UKSH, Campus Lübeck	70	15	21,4%			55	78,6%				
Summe Stiftung Landesmuseen	161	88	54,7%	44	50,0%	73	45,3%			52	32,3%
Summe Stiftung Naturschutz	52	31	59,6%	19	61,3%	21	40,4%			22	42,3%
Summe Institut für Weltwirtschaft	182	87	47,8%	48	55,2%	95	52,2%	39	41,1%	87	47,8%
Summe Institut für Pädagogik d. N.	246	172	69,9%	136	79,1%	74	30,1%	47	63,5%	183	74,4%
Summe Deutsche Zentralbibliothek	266	173	65,0%	60	34,7%	93	35,0%	19	20,4%	79	29,7%
Summe Anstalt SH Landesforsten	35										
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	66547	37285	56,0%	18703	50,2%	29262	44,0%	4577	15,6%	23280	35,0%

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 4.2.

Aus den Daten der Tabelle 4.2. geht u. a. hervor, dass insgesamt deutlich mehr Frauen (56 %) als Männer (44 %) in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung tätig sind. Während die Hälfte der Frauen (50,2 %) teilzeitbeschäftigt ist, sind es nur 15,6 % der Männer. Die Teilzeitquote beträgt insgesamt 35 %.

Zwei besondere Ausnahmen bilden hier die Männer des Hochschulbereichs sowie des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik mit Teilzeitquoten von 39,8 % sowie 63,5 %.

4.3. Gesamtbeschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit

Tabelle 4.3.	Gesamtbeschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit (Bea = Beamte, Tb bzw. Tarifb = Tarifbeschäftigte)									
	Dezember 2014	Bea + Tarifb gesamt	Bea gesamt	Bea gesamt in %	Bea TZ gesamt	Bea TZ gesamt in %	Tarifb gesamt	Tarifb gesamt in %	Tarifb TZ gesamt	Tb TZ gesamt in %
Summe Geschäftsbereich MP / StK	229	128	55,9%	26	20,3%	101	44,1%	31	30,7%	24,9%
Summe Geschäftsbereich MJKE	6154	3609	58,6%	672	18,6%	2545	41,4%	778	30,6%	23,6%
Summe Geschäftsbereich MSB	30065	26079	86,7%	10225	39,2%	3986	13,3%	2308	57,9%	41,7%
Summe Geschäftsbereich MIB	9596	7964	83,0%	712	8,9%	1632	17,0%	439	26,9%	12,0%
Summe Geschäftsbereich MELUR	2240	565	25,2%	149	26,4%	1675	74,8%	499	29,8%	28,9%
Summe Geschäftsbereich FM	5260	4333	82,4%	1439	33,2%	927	17,6%	451	48,7%	35,9%
Summe Geschäftsbereich MWAVT	1714	346	20,2%	62	17,9%	1368	79,8%	190	13,9%	14,7%
Summe Geschäftsbereich MSGWG	660	315	47,7%	105	33,3%	345	52,3%	115	33,3%	33,3%
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	55918	43339	77,5%	13390	30,9%	12579	22,5%	4811	38,2%	32,5%
Summe Hochschulbereich	9537	1117	11,7%	69	6,2%	8420	88,3%	4576	54,3%	48,7%
Summe UKSH, Campus Kiel	80									3,8%
Summe UKSH, Campus Lübeck	70									4,3%
Summe Stiftung Landesmuseen	161									32,3%
Summe Stiftung Naturschutz	52	0	0,0%	0		52	100,0%	22	42,3%	42,3%
Summe Institut für Weltwirtschaft	182	10	5,5%	0	0,0%	172	94,5%	87	50,6%	47,8%
Summe Institut für Pädagogik d. N.	246									74,4%
Summe Deutsche Zentralbibliothek	266									29,7%
Summe Anstalt SH Landesforsten	35	35	100,0%			0	0,0%	0		14,3%
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	66547	44652	67,1%	13472	30,2%	21895	32,9%	9808	44,8%	35,0%

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 4.3.

Dargestellt sind die Gesamtbeschäftigten im Landesdienst wie folgt:

Die Gruppe der Beamten umfasst alle Beamtinnen und Beamte, beamtete Lehrerinnen und Lehrer, Professorinnen und Professoren, Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte, Richterinnen und Richter, Referendarinnen und Referendare, Anwärtinnen und Anwärter.

Die Gruppe der Tarifbeschäftigten beinhaltet alle Tarifbeschäftigten einschließlich der Auszubildenden.

Aus der Tabellenpräsentation geht hervor, dass die Zahl der im Landesdienst tätigen Beamtinnen und Beamte mit 44.652 (= 67,1 %) mehr als doppelt so hoch ist wie die Zahl der Tarifbeschäftigten mit 21.895 (= 32,9 %).

Dagegen besteht bei den Tarifbeschäftigten eine deutlich höhere Teilzeitquote (44,8 %) als bei den Beamtinnen und Beamten (30,2 %).

4.4. Beamtinnen und Beamte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit

Tabelle 4.4.	Beamtinnen/ Beamte (einschl. beamtete Lehrerinnen/ Lehrer, Professorinnen/ Professoren, Vollzugsbeamtinnen/ -beamte, Richterinnen/ Richter, Referendarinnen/ Referendare u. Anwärterinnen/ Anwärter) in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit (Bea = Beamte, F = Frauen, M = Männer, TZ = Teilzeit)										
	Dember 2014	Bea F + M gesamt	Bea F gesamt	Bea F gesamt in %	Bea F TZ gesamt	Bea F TZ ges. in %	Bea M gesamt	Bea M gesamt in %	Bea M TZ gesamt	Bea M TZ ges. in %	Bea F + M TZ ges.
Summe Geschäftsbereich MP / StK	128	60	46,9%			68	53,1%			26	20,3%
Summe Geschäftsbereich MJKE	3609	1710	47,4%	623	36,4%	1899	52,6%	49	2,6%	672	18,6%
Summe Geschäftsbereich MSB	26079	17984	69,0%	9133	50,8%	8095	31,0%	1092	13,5%	10225	39,2%
Summe Geschäftsbereich MIB	7964	1840	23,1%	584	31,7%	6124	76,9%	128	2,1%	712	8,9%
Summe Geschäftsbereich MELUR	565	217	38,4%	95	43,8%	348	61,6%	54	15,5%	149	26,4%
Summe Geschäftsbereich FM	4333	2380	54,9%	1243	52,2%	1953	45,1%	196	10,0%	1439	33,2%
Summe Geschäftsbereich MWAVT	346	131	37,9%	45	34,4%	215	62,1%	17	7,9%	62	17,9%
Summe Geschäftsbereich MSGWG	315	178	56,5%			137	43,5%			105	33,3%
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	43339	24500	56,5%	11845	48,3%	18839	43,5%	1545	8,2%	13390	30,9%
Summe Hochschulbereich	1117	268	24,0%	41	15,3%	849	76,0%	28	3,3%	69	6,2%
Summe UKSH, Campus Kiel	75	18	24,0%								
Summe UKSH, Campus Lübeck	69	15	21,7%								
Summe Stiftung Landesmuseen											
Summe Stiftung Naturschutz											
Summe Institut für Weltwirtschaft	10	0	0,0%	0		10	100,0%	0	0,0%	0	0,0%
Summe Institut für Pädagogik d. N.											
Summe Deutsche Zentralbibliothek											
Summe Anstalt SH Landesforsten	35										
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	44652	24807	55,6%	11894	47,9%	19845	44,4%	1578	8,0%	13472	30,2%

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 4.4.

Aus der Voll- und Teilzeitübersicht der Beamtinnen und Beamten geht u.a. hervor, dass mit 47,9 % deutlich mehr Beamtinnen einer Teilzeittätigkeit nachgehen als ihre männlichen Kollegen mit lediglich 8,0 %.

Die Gesamt-Teilzeitquote der Beamtinnen und Beamten beträgt 30,2 % und liegt damit etwas unterhalb des Durchschnitts aller Teilzeitbeschäftigten des gesamten Landesdienstes von 35 %.

Die personalstärkste Gruppe stellen die beamteten Lehrerinnen und Lehrer der allgemeinbildenden Schulen im Geschäftsbereich des MSB mit insgesamt 25.810 aktiven Beschäftigungsverhältnissen dar (MSB-Summe insgesamt: 26.079 aktive Beschäftigungsverhältnisse).

4.5. Tarifbeschäftigte in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit

Tabelle 4.5. Dezember 2014	Tarifbeschäftigte (einschl. Auszubildende) in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung in Vollzeit und Teilzeit (TB bzw. Tarifb = Tarifbeschäftigte, F = Frauen, M = Männer, TZ = Teilzeit)										
	Tarifb F + M gesamt	Tb F gesamt	Tarifb F gesamt in %	Tarifb F TZ gesamt	Tb F TZ ges. in %	Tb M gesamt	Tarifb M ges. in %	Tarifb MTZ gesamt	Tb M TZ ges. in %	Tarifb F + M TZ ges.	Gesamt Teilzeit- Quote
Summe Geschäftsbereich MP / StK	101	67	66,3%			34	33,7%				
Summe Geschäftsbereich MJKE	2545	1983	77,9%	752	37,9%	562	22,1%	26	4,6%	778	30,6%
Summe Geschäftsbereich MSB	3986	2862	71,8%	1767	61,7%	1124	28,2%	541	48,1%	2308	57,9%
Summe Geschäftsbereich MIB	1632	907	55,6%	383	42,2%	725	44,4%	56	7,7%	439	26,9%
Summe Geschäftsbereich MELUR	1675	715	42,7%	382	53,4%	960	57,3%	117	12,2%	495	29,6%
Summe Geschäftsbereich FM	927	674	72,7%	406	60,2%	253	27,3%	45	17,8%	451	48,7%
Summe Geschäftsbereich MWAVT	1368	291	21,3%	119	40,9%	1077	78,7%	71	6,6%	190	13,9%
Summe Geschäftsbereich MSGWG	345	252	73,0%			93	27,0%				
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	12579	7751	61,6%	3942	50,9%	4828	38,4%	869	18,0%	4807	38,2%
Summe Hochschulbereich	8420	4178	49,6%	2562	61,3%	4242	50,4%	2014	47,5%	4576	54,3%
Summe UKSH, Campus Kiel											
Summe UKSH, Campus Lübeck											
Summe Stiftung Landesmuseen	159	88	55,3%			71	44,7%			52	32,7%
Summe Stiftung Naturschutz	52	31	59,6%			21	40,4%			22	42,3%
Summe Institut für Weltwirtschaft	172	87	50,6%	48	55,2%	85	49,4%	39	45,9%	87	50,6%
Summe Institut für Pädagogik d. N.	242	169	69,8%	134	79,3%	73	30,2%	47	64,4%	181	74,8%
Summe Deutsche Zentralbibliothek	265	173	65,3%	60	34,7%	92	34,7%	19	20,7%	79	29,8%
Summe Anstalt SH Landesforsten											
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	21895	12478	57,0%	6809	54,6%	9417	43,0%	2999	31,8%	9808	44,8%

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 4.5.

Bei den Tarifbeschäftigten sind 54,6 % der Frauen in Teilzeit tätig, der Anteil der tarifbeschäftigten Männer in Teilzeit beträgt hingegen 31,8 %.

Die Gesamtteilzeitquote aller Tarifbeschäftigten beträgt 44,8 % und liegt damit über dem Gesamtdurchschnitt von 35 %.

4.6. Fehlzeitenstatistik

Die vorliegenden Daten wurden per Ressortabfragen erhoben und liegen für die Jahre 2011 bis 2014 vor. Ressortabfragen zu Fehlzeiten stellen eine Abweichung von der „Hauptdatenquelle“ dieses Berichts „Permis-A“ dar: es werden Personalstrukturinformationen „manuell“ abgerufen, die in dieser Form nicht im Verfahren „Permis-A“ vorgehalten werden. Damit ist nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit der maßgeblichen Daten gegeben.

Es handelt sich insofern weder um eine vollständige noch um eine einheitliche Datenerhebung der Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein zu diesem Thema. Im Übrigen sind die Lehrkräfte sowie der Bereich der Polizei gar nicht erfasst. Letzteres ist dem Umstand geschuldet, dass die entsprechende Informationserfassung sehr aufwändig ist. In der Zukunft sollen Fehlzeiten mit Zeiterfassungs- und Personalverwaltungssystemen nach landesweit einheitlichen Kriterien vollständig erfasst werden.

Mit der vorgenannten Maßgabe liegen Fehlzeiteninformationen für rund 21.000 Landesbedienstete (Beamtinnen/ Beamte plus Tarifbeschäftigte) wie folgt vor und sind mit der oben genannten Einschränkung auswertbar:

Erfasste Daten aller Ressorts ohne Lehrerinnen/
Lehrer und Polizeibeamtinnen/ Polizeibeamte:

Bedienstete	2011	2012	2013	2014	Durchschnitt
LG 2.2 *	5.076	3.499	4.562	4.877	4.504
LG 2.1 *	5.661	5.567	5.688	5.723	5.660
LG 1.2 *	9.535	9.199	9.403	9.373	9.378
LG 1.1 *	1.506	1.256	1.096	1.325	1.296
Summe	21.778	19.521	20.749	21.298	20.837

LG 1.1 *:

Laufbahngruppe 1 / 1. Einstiegsamt: ehemaliger „einfacher Dienst“

LG 1.2 *:

Laufbahngruppe 1 / 2. Einstiegsamt: ehemaliger „mittlerer Dienst“

LG 2.1 *:

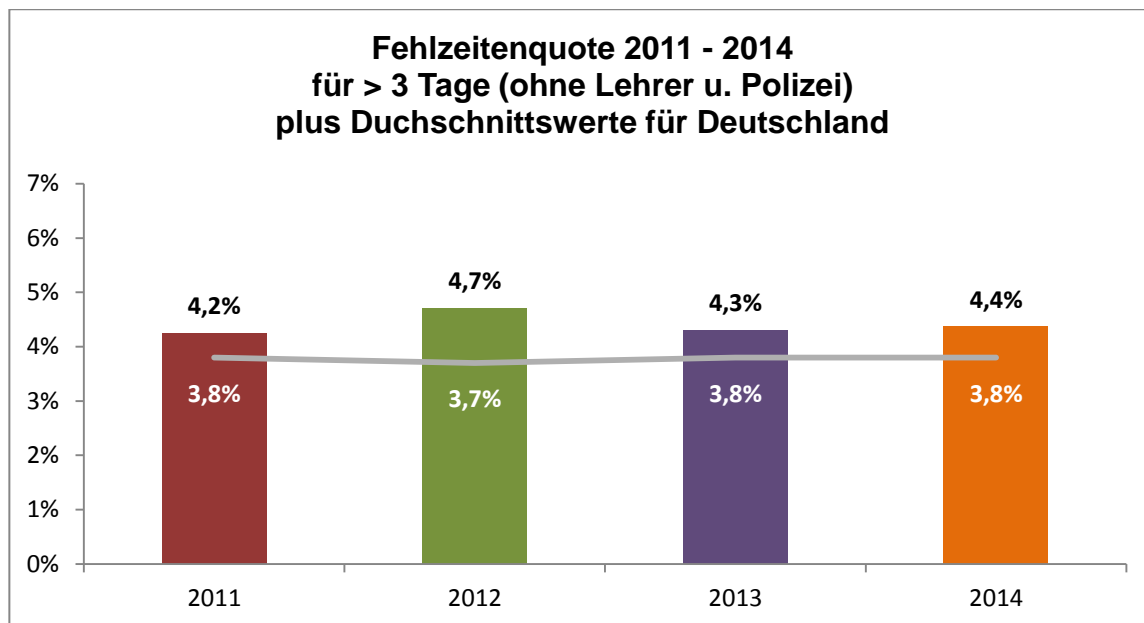
Laufbahngruppe 2 / 1. Einstiegsamt: ehemaliger „gehobener Dienst“

LG 2.2 *:

Laufbahngruppe 2 / 2. Einstiegsamt: ehemaliger „höherer Dienst“

Bei der Darstellung der Laufbahngruppen differenziert nach Einstiegs-
ämtern wurden die tariflichen Entgeltgruppen den Besoldungsgruppen
wie folgt zugeordnet:

<u>Besoldungsgruppe</u>	<u>Entgeltgruppe</u>
<u>LG 2.2 (ehem. „höherer Dienst“)</u>	
A 16	E 15 Ü
A 15	E 15
A 14	E 14
A 13	E 13 Ü und E 13
<u>LG 2.1 (ehem. „gehobener Dienst“)</u>	
A 13	E 13 Ü und E 13
A 12	E 12
A 11	E 11
A 10	E 10
A 9	E 9
<u>LG 1.2 (ehemals „mittlerer Dienst“)</u>	
A 9	E 9
A 8	E 8
A 7	E 7, E 6
A 6	E 5
<u>LG 1.1 (ehemals „einfacher Dienst“)</u>	
A 5	E 4, E 3
A 4 bis A 1	E 2, E 1

Grafik 4.6.(1) Fehlzeitenquote 2011 bis 2014

Quelle: Ressortabfragen

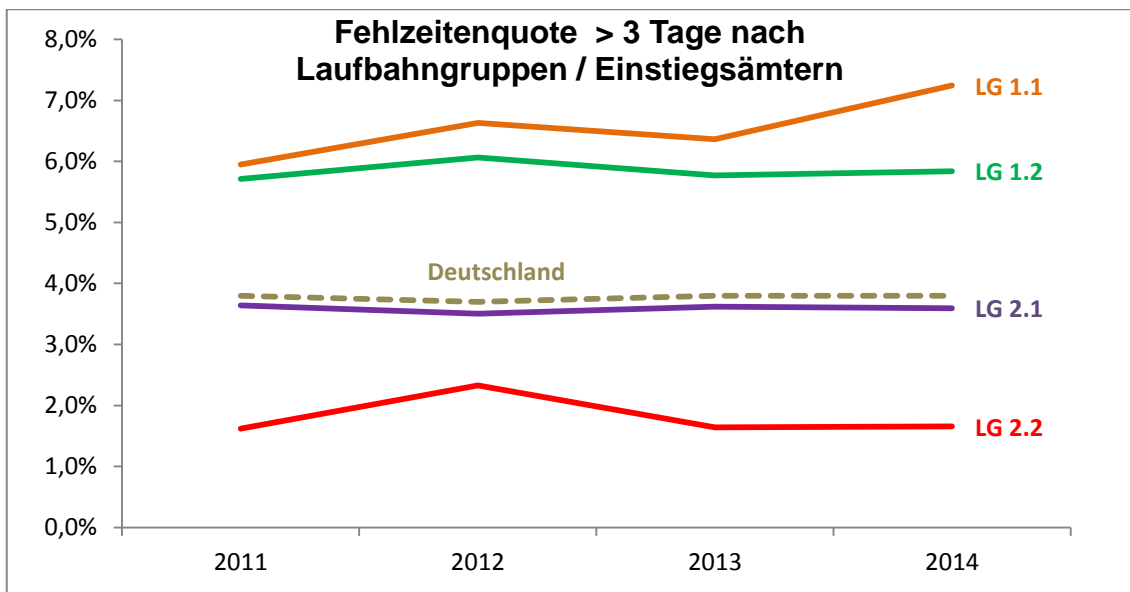
Hinweise zu Grafik 4.6.(1)

Die Fehlzeitenquote bezeichnet den prozentualen Anteil der Beschäftigten mit einer Abwesenheit von mehr als drei Tagen.

Dargestellt sind die Fehlzeiten der Erkrankungen im Landesdienst SH von mindestens viertägiger Dauer. Die eingezogene Linie markiert den entsprechenden Durchschnittswert für ganz Deutschland, den das Statistische Bundesamt unter folgender Web-Adresse veröffentlicht hat:

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension2/2_3_Krankenstand.html

Dieser Wert liegt im Durchschnitt 0,6 Prozentpunkte unter den für den Landesdienst SH ermittelten Werten.

Grafik 4.6.(2) Fehlzeitenquote 2011 bis 2014

Quelle: Ressortabfragen

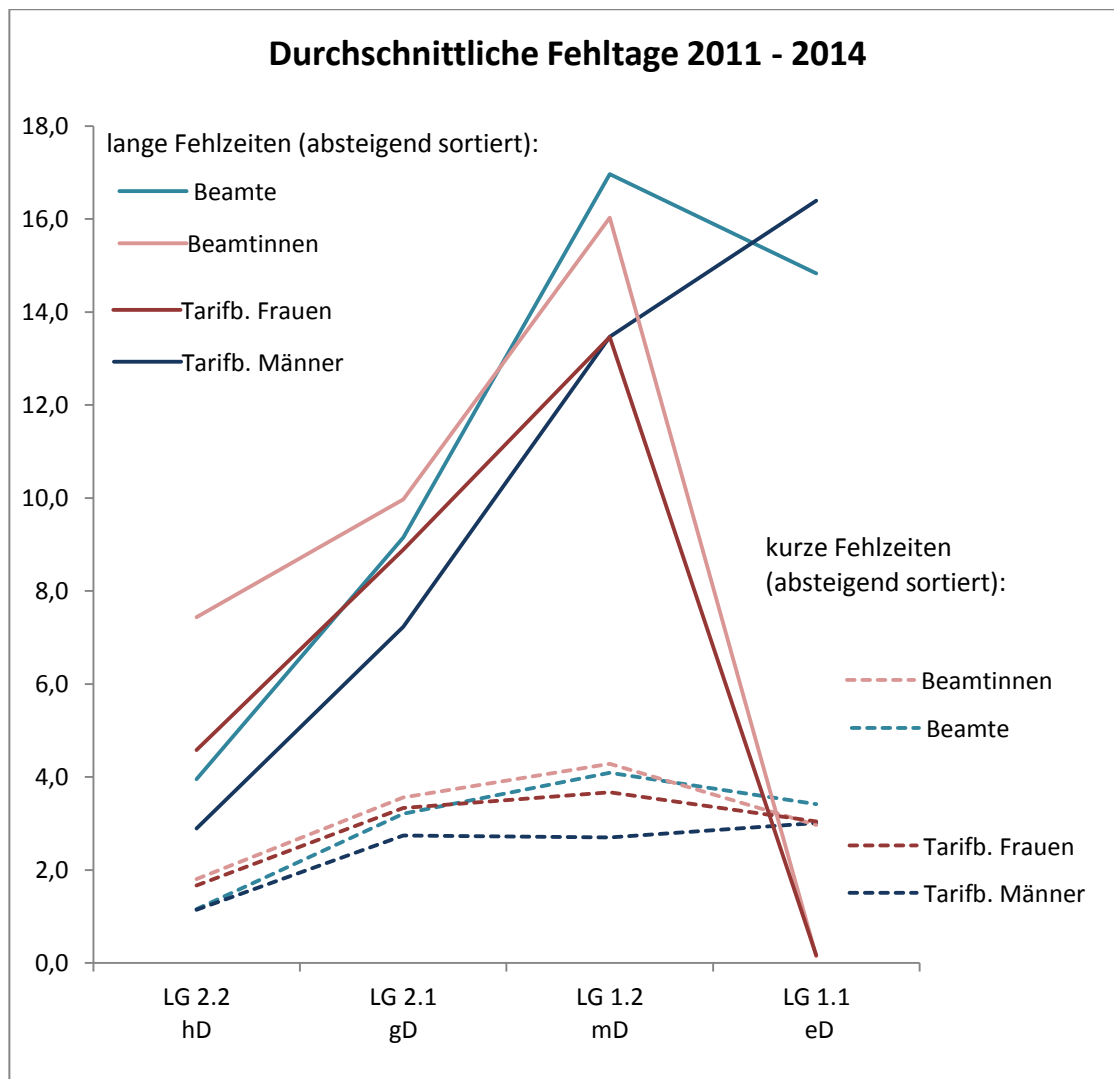
Hinweise zu Grafik 4.6.(2)

Die Fehlzeitenquote nach Laufbahngruppen und Einstiegsämtern bezeichnet die Anzahl der Laufbahnangehörigen mit einer Abwesenheitsdauer von mindestens viertägiger Dauer in Bezug auf die Summe aller Angehörigen dieser Laufbahngruppe.

Erkennbar ist, dass bei den höheren Statusämtern die Fehlzeitenquote tendenziell niedriger ist als bei den niedrigeren Statusämtern.

Auch liegen die Fehlzeiten in der Laufbahngruppe 1.2 (früher „mittlerer Dienst“) deutlich über dem Durchschnitt für Deutschland.

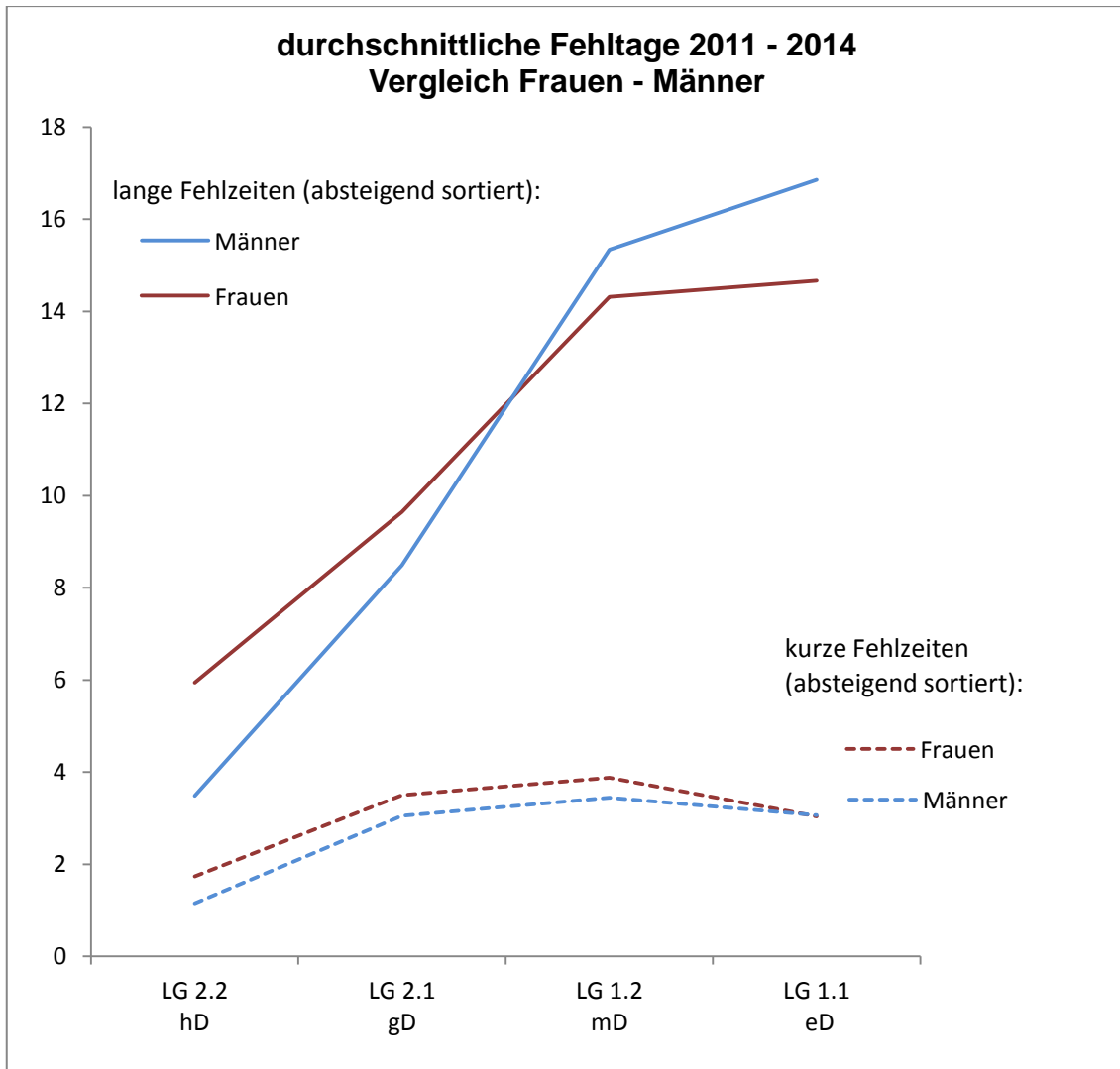
Die für die Laufbahngruppe 1.1 ermittelten Prozentwerte sind wenig aussagekräftig, weil die Bezugsgruppe mit nur rund 1.300 Angehörigen sehr klein ist.

Grafik 4.6.(3) Durchschnittliche Fehltagel 2011 bis 2014

Quelle: Ressortabfragen

Hinweis zu Grafik 4.6.(3)

Die durchschnittlichen Fehltagel der Beschäftigtengruppen unterscheiden sich untereinander nur in geringem Ausmaß.

Grafik 4.6.(4) Vergleich der Fehlzeiten nach Geschlecht

Quelle: Ressortabfragen

Hinweise zu Grafik 4.6.(4)

Sowohl bei den kurzen (≤ 3 Tage), als auch bei den längeren Fehlzeiten (> 3 Tage) fallen die Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Bediensteten marginal aus (zwischen 0,1 und knapp 0,4 Tagen).

5. Übersicht über die Besoldungsgruppen

5.1. Anwärterinnen u. Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare im Beamtenverhältnis

Tabelle 5.1.	Übersicht über die Besoldungsgruppen : Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare im Beamtenverhältnis (F = Frauen, M = Männer)										
	Dezember 2014										
	LG 1 / 2. EA (ehem. m.D.)	LG 1 / 2. EA (ehem. m.D.)	LG 2 / 1. EA: A9	LG 2 / 1. EA: A9	LG 2 / 1. EA: A12	LG 2 / 1. EA: A12	LG 2 / 1. EA: A13	LG 2 / 1. EA: A13	LG 2 / 2. EA (ehem. h. D.)	LG 2 / 2. EA (ehem. h. D.)	Summe
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	
Summe Geschäftsbereich MP / StK											
Summe Geschäftsbereich MJKE	19	31	25	39							114
Summe Geschäftsbereich MSB			13		40	317	122	343	251	430	1517
Summe Geschäftsbereich MIB	343	123	198	111							776
Summe Geschäftsbereich MELUR											23
Summe Geschäftsbereich FM	48	60	56	78	0	0	0	0	0	0	242
Summe Geschäftsbereich MWAVT											
Summe Geschäftsbereich MSGWG											
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	411	214	300	237	40	317	122	343	261	436	2681

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 5.1.

Landesweit standen im Dezember des vergangenen Jahres insgesamt 2.681 Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare im Beamtenverhältnis im Dienst des Landes Schleswig-Holstein, die sich im Wesentlichen auf folgende vier Ressorts aufteilen:

1. Schulen im Geschäftsbereich des MSB: 1.517 Personen
2. Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei im Geschäftsbereich des MIB: 695 Personen
3. Finanzämter im Geschäftsbereich des FM: 242 Personen
4. Amtsgerichte und Justizvollzugsanstalten im Geschäftsbereich des MJKE: 114 Personen

Die verbleibenden 113 Personen verteilen sich auf die übrigen Bereiche.

5.2. Laufbahngruppe 1 / 1. Einstiegsamt (ehemals „einfacher Dienst“)

Tabelle 5.2.	Übersicht über die Besoldungsgruppen: Laufbahngruppe 1 / 1. EA (F = Frauen, M = Männer)												
	Dezember 2014		A2	A2	A3	A3	A4	A4	A5	A5	A6	A6	Summe
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F			
Summe Geschäftsbereich MP / StK			0	0	0			0	0	0	0		
Summe Geschäftsbereich MJKE	0	0	18	12					0	104	14	161	
Summe Geschäftsbereich MSB	0	0	0	0	0			0	0	0	0		
Summe Geschäftsbereich MIB													
Summe Geschäftsbereich MELUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Summe Geschäftsbereich FM												14	
Summe Geschäftsbereich MWAVT	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Summe Geschäftsbereich MSGWG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	0	0	18	12	10	1	6	1	112	15	175		

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 5.2.

In dem dargestellten Besoldungsgruppenbereich des ehemaligen „einfachen Dienstes“ existierten im Dezember 2014 landesweit 175 aktive Beschäftigungsverhältnisse.

5.3. Laufbahngruppe 1 / 2. Einstiegsamt (ehemals „mittlerer Dienst“)

Tabelle 5.3.	Übersicht über die Besoldungsgruppen: Laufbahngruppe 1 / 2. EA (F = Frauen, M = Männer)									
	Dezember 2014		A6	A6	A7	A7	A8	A8	A9	A9
	M	F	M	F	M	F	M	F		
Summe Geschäftsbereich MP / StK										
Summe Geschäftsbereich MJKE	22	68	222	149	249	179	380	210	1479	
Summe Geschäftsbereich MSB										
Summe Geschäftsbereich MIB			387	175	528	283	1222	253	2854	
Summe Geschäftsbereich MELUR									42	
Summe Geschäftsbereich FM	109	97	177	282	209	429	349	413	2065	
Summe Geschäftsbereich MWAVT									43	
Summe Geschäftsbereich MSGWG					16	24	10	13	67	
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	152	174	787	610	1017	923	1999	909	6571	

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 5.3.

Der beschriebene Bereich bildet den ehemaligen „mittleren Dienst“ ab, dem insgesamt 6.571 Beschäftigungsverhältnisse zuzuordnen sind.

In einer gedachten Reihenfolge der Gesamtzahlen der einzelnen Laufbahnsegmente nimmt dieser Bereich hinter denen des ehemaligen „höheren“ und „gehobenen“ Dienstes den dritten Platz ein.

5.4. Laufbahngruppe 2 / 1. Einstiegsamt (ehemals „gehobener Dienst“)

Tabelle 5.4.	Übersicht über die Besoldungsgruppen: Laufbahngruppe 2 / 1. EA (F = Frauen, M = Männer)																Summe
	A9		A10		A11		A12		A13		A14*		A15*		A16*		
Dezember 2014	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	
Summe Geschäftsbereich MP / StK																	67
Summe Geschäftsbereich MJKE	44	75	48	114	90	185	75	93	54	36							815
Summe Geschäftsbereich MSB			127	51	135	144	717	6203	1740	4534	299	289	89	62			14397
Summe Geschäftsbereich MIB	820	203	1081	369	795	194	370	56	210	33							4132
Summe Geschäftsbereich MELUR			18	14	29	31	50	34	60	28							273
Summe Geschäftsbereich FM	116	151	174	250	276	362	204	139	139	55							1866
Summe Geschäftsbereich MWAVT			20		30	25	41	17	40	21							210
Summe Geschäftsbereich MSGWG				17	15	26	24	22	27	29							172
Summe Hochschulbereich																	85
Summe Anstalt SH Landesforsten																	29
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	995	451	1484	845	1397	988	1502	6587	2299	4762	300	290	90	62			22055

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 5.4.

Diese Tabelle beschreibt die Zahlenverhältnisse des ehemaligen „gehobenen Dienstes“. Bei den mit „*“ gekennzeichneten Stellen handelt es sich um besondere Funktionsstellen dieser Beschäftigtengruppe, z. B. für Schulleiterinnen und Schulleiter, stellvertretende Schulleiterinnen und stellvertretende Schulleiter oder Koordinatorinnen und Koordinatoren an Gemeinschaftsschulen. Diese verbleiben auch bei entsprechender Amtsübernahme in ihrer bisherigen Statusgruppe.

Mit insgesamt 22.055 Beschäftigungsverhältnissen stellt dieser Personenkreis den mit Abstand personalstärksten Bereich im Dienst des Landes Schleswig-Holstein dar.

Auch hier stellen die Lehrerinnen und Lehrer deutlich die stärkste Gruppe, gefolgt von den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

5.5. Laufbahngruppe 2 / 2. Einstiegsamt (ehemals „höherer Dienst“)

Tabelle 5.5.	Übersicht über die Besoldungsgruppen: Laufbahngruppe 2 / 2. EA (F = Frauen, M = Männer)								
	Dezember 2014								
	A13	A13	A14	A14	A15	A15	A16	A16	Summe
	M	F	M	F	M	F	M	F	
Summe Geschäftsbereich MP / StK									42
Summe Geschäftsbereich MJKE									58
Summe Geschäftsbereich MSB	2349	3704	1524	1533	554	316	121	45	10146
Summe Geschäftsbereich MIB	26	11	44		55	13	23		184
Summe Geschäftsbereich MELUR	14	15	45	38	53	20	18		212
Summe Geschäftsbereich FM	18	21	16	27	26		16		137
Summe Geschäftsbereich MWAVT									76
Summe Geschäftsbereich MSGWG				15	12	15			66
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	2417	3762	1656	1656	735	399	215	81	10921
Summe Hochschulbereich	29	24	56	17	6	3			137
Summe aller Beschäftigungs- verhältnisse	2447	3789	1717	1675	750	405	218	82	11083

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 5.5.

Mit insgesamt 11.083 Beschäftigungsverhältnissen nimmt der Bereich des ehemaligen „höheren Dienstes“ Platz zwei einer gedachten Reihenfolge der Gesamtzahlen der einzelnen differenzierten Beschäftigtengruppen ein.

Wiederum bilden die Schulen im Geschäftsbereich des MSB den personalstärksten Bereich innerhalb des Landesdienstes Schleswig-Holstein. Dies spiegelt sich auch in der Personalausgabentabelle 7.1. wider.

5.6. B-, C-, W-, R-Besoldung

Tabelle 5.6. Dezember 2014	Übersicht über die Besoldungsgruppen: B-, C-, W- und R-Besoldung (F = Frauen, M = Männer)																		
	B-Besold.		C-Besoldung						W-Besoldung						R-Besoldung				
	B2	B5	C2	C2	C3	C3	C4	C4	W1	W1	W2	W2	W3	W3	R1	R1	R2	R2	R3
M	M	M	w	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
Summe Geschäftsbereich MP / StK			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Geschäftsbereich MJKE			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	286	395	169	68	34
Summe Geschäftsbereich MSB			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Geschäftsbereich MIB			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Geschäftsbereich MELUR			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Geschäftsbereich FM			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Geschäftsbereich MWAV			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Geschäftsbereich MSGW			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	33	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	286	395	169	68	34
Summe Hochschulbereich	0	0	23	6	159	19	88	12	24	25	283	74	148	27	0	0	0	0	0
Summe UKSH, Campus Kiel	0	0	0	0	0	0	17				0	17			0	0	0	0	0
Summe UKSH, Campus Lübeck	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	21		16		0	0	0	0	0
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse: 2.087	33	20	23	6	170	19	114	13	27	25	321	85	176	35	286	395	169	68	34

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 5.6.

Im Bereich der o.a. Besoldungsgruppen stellen die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Richterinnen und Richter den personalstarken Teil der R-Besoldung mit 973 Beschäftigungsverhältnissen (Gesamt-Ergebnis MJKE: 982 Beschäftigungsverhältnisse).

Daneben ist mit 889 Beschäftigungsverhältnissen der Hochschulbereich (C-Besoldung und W-Besoldung für wissenschaftliche Hochschullehrer - Professoren) ein sehr großer Personalkörper.

6. Übersicht über die Entgeltgruppen

6.1. Entgeltgruppe 1 bis Entgeltgruppe 5

Tabelle 6.1.	Übersicht über die Entgeltgruppen: EG 1 bis EG 5 (F = Frauen, M = Männer)																	
	Dezember 2014		EG 1	EG 1	EG 2	EG 2	EG 2a	EG 2a	EG 2ü	EG 2ü	EG 3	EG 3	EG 3a	EG 3a	EG 4	EG 4	EG 5	EG 5
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
Summe Geschäftsbereich MP / StK																		
Summe Geschäftsbereich MJKE										35	33			23	35	235	16	
Summe Geschäftsbereich MSB										10							23	
Summe Geschäftsbereich MIB										18		11	0	14	29	190	72	
Summe Geschäftsbereich MELUR											10			10		60	267	
Summe Geschäftsbereich FM										23	17					156	27	
Summe Geschäftsbereich MWAVT																36	496	
Summe Geschäftsbereich MSGWG																	40	
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	0	0	26	17	10					92	83	17		54	75	743	894	
Summe Hochschulbereich					11					31	20				20	109	81	
Summe UKSH, Campus Kiel		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe UKSH, Campus Lübeck		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Stiftung Landesmuseen											10							
Summe Stiftung Naturschutz																		
Summe Institut für Weltwirtschaft																		
Summe Institut für Pädagogik d. N.																		
Summe Deutsche Zentralbibliothek																22	19	
Summe Anstalt SH Landesforsten																		
Su. aller Besch.-verhältnisse: 2.428	0		34	26	29			11		134	114	26		63	100	881	1004	

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 6.1.

Die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse der Entgeltgruppen E 1 bis E 5 beträgt 2.428. Dies entspricht einem Anteil von 11,1 % aller 21.895 tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst.

6.2. Entgeltgruppe 6 bis Entgeltgruppe 11

Tabelle 6.2.	Übersicht über die Entgeltgruppen: EG 6 bis EG 11 (F = Frauen, M = Männer)																	
	Dezember 2014		EG 6	EG 6	EG 7	EG 7	EG 8	EG 8	EG 9	EG 9	EG 9a	EG 9a	EG 9b	EG 9b	EG 10	EG 10	EG 11	EG 11
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
Summe Geschäftsbereich MP / StK	8							13		10								
Summe Geschäftsbereich MJKE	562	48			363	23	46	23	164	16	0	0	49	23	15	23		
Summe Geschäftsbereich MSB	47	11			110	48	293	80	167	29	0	0	144	52	725	196		
Summe Geschäftsbereich MIB	336	140	14	30	82	66	38	32	113	145	0	0	14	18	39	93		
Summe Geschäftsbereich MELUR	117	132		38	124	78	47	17	115	92	0	0	40	37	71	66		
Summe Geschäftsbereich FM	195	21	0	0	143	31	25	19	86	47	0	0			16	34		
Summe Geschäftsbereich MWAVT	59	88		40	68	123	16	27	18	60	0	28	17	25	34	46		
Summe Geschäftsbereich MSGWG	69	12	0	0	23			20	8	31	15	0	0			14	10	
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	1393	456	30	114	919	378	498	206	704	408	0	28	281	170	919	473		
Summe Hochschulbereich	496	74	26	50	180	83	191	79	164	87	0		71	104	85	152		
Summe UKSH, Campus Kiel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0		
Summe UKSH, Campus Lübeck	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0		
Summe Stiftung Landesmuseen	13																	
Summe Stiftung Naturschutz	0																	
Summe Institut für Weltwirtschaft							16											
Summe Institut für Pädagogik d. N.		0	0	0	15		21											
Summe Deutsche Zentralbibliothek	25				18		35	10										
Summe Anstalt SH Landesforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			0	0	0	0	0	0
Su. aller Besch.-verhältnisse: 9.153	1931	545	57	167	1154	475	770	310	887	501	0	33	373	283	1027	640		

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 6.2.

Die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse der Entgeltgruppen E 6 bis E 11 beträgt 9.153. Dies entspricht einem Anteil von 41,8 % aller 21.895 tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst.

6.3. Entgeltgruppe 12 bis Entgeltgruppe 15ü (übertariflich)

Tabelle 6.3.	Übersicht über die Entgeltgruppen: EG 12 bis EG 15ü (F = Frauen, M = Männer)													
	Dezember 2014		EG 12	EG 12	EG 13	EG 13	EG 13ü	EG 13ü	EG 14	EG 14	EG 15	EG 15	EG 15ü	EG 15ü
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
Summe Geschäftsbereich MP / StK	10													
Summe Geschäftsbereich MJKE			22	18										
Summe Geschäftsbereich MSB	135	74	1101	564				45	23					
Summe Geschäftsbereich MIB	11	27												
Summe Geschäftsbereich MELUR	34	71	19	36	14	12	35	58			11			
Summe Geschäftsbereich FM		32												
Summe Geschäftsbereich MWAVT	12	53		14										
Summe Geschäftsbereich MSGWG	14							17						
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	224	272	1153	646	24	20	108	100	33	41	9	16		
Summe Hochschulbereich	52	104	876	1006	60	66	105	183			31	0	0	
Summe UKSH, Campus Kiel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe UKSH, Campus Lübeck	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Stiftung Landesmuseen		0		12										
Summe Stiftung Naturschutz														
Summe Institut für Weltwirtschaft				11	0	0	15	31			13	0	0	
Summe Institut für Pädagogik d. N.	0		51	28										
Summe Deutsche Zentralbibliothek			12				15	16						
Summe Anstalt SH Landesforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse: 5.445	292	380	2110	1715	97	96	251	339	47	93	9	16		

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 6.3.

Die Summe aller Beschäftigungsverhältnisse der Entgeltgruppen E 12 bis E 15ü beträgt 5.445. Dies entspricht einem Anteil von 24,9 % aller 21.895 tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst.

6.4. Entgeltgruppe PKW-Tarif

Die Tabelle 6.4. ist aus Datenschutzgründen im Einzelnen nicht darstellbar.

Im Berichtsjahr 2014 standen 48 Beschäftigte im Landesdienst, die als Angehörige des Fahrdienstes nach dem PKW-Tarif vergütet wurden. Dies entspricht einem Anteil von 0,2 % aller Beschäftigungsverhältnisse des Landesdienstes.

6.5. Sonstige Beschäftigte

Tabelle 6.5.	Übersicht über die Entgeltgruppen: Sonstige Beschäftigte (F = Frauen, M = Männer)																							
	Dezember 2014		TKL7a	TKL7a	ABVB1	ABVB1	ABVB2	ABVB2	ABVB3	ABVB3	ABVB5	ABVB5	ABVB7	ABVB7	ABVB10	ABVB10	Praktikanten	Praktikanten	Azubis	Azubis	Referendarinnen (Tarifbereich)	Referendare (Tarifbereich)	Sonstige	Sonstige
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
Summe G.-ber. MP / StK																								
Summe G.-ber. MJKE																		39		389	253			
Summe G.-ber. MSB																							25	22
Summe G.-ber. MIB																		12	12					
Summe G.-ber. MELUR																			14					
Summe G.-ber. FM																								
Summe G.-ber. MWAVT																				54				
Summe G.-ber. MSGWG																								
Zwischensumme aller Besch.-verhältnisse			0	0	0			0	0			0	0		0			65	88	393	254	36	29	
Hochschulbereich																		35	44				1652	2039
UKSH, Campus Kiel																								
UKSH, Campus Lübeck																								
Stiftung Landesmuseen																								
Stiftung Naturschutz																								
Institut für Weltwirtschaft																							14	14
Institut für Pädagogik d. N.																							66	26
Deutsche Zentralbibliothek																								
Anstalt SH Landesforste																								
Summe aller Besch.- verhältnisse: 4.821			0					0				0			0			105	134	395	254	1781	2120	

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 6.5.

- Die Entgeltgruppe „TKL7a“ ist dem Pflegebereich des TV-L zuzuordnen.
- Das Kürzel „ABV“ bezeichnet Angestellte nach besoldungsrechtlichen Vorschriften, bei denen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung nicht vorliegen (z. Bsp. Lebensalter, gesundheitliche Voraussetzungen).
- Unterschiedliche Anstellungsformen der Referendarinnen und Referendare sowohl als Tarifbeschäftigte als auch als beamtete Kräfte führen dazu, dass diese Beschäftigtengruppe sowohl hier als auch in Tabelle 7.2 statusgruppenkonform dargestellt wird.
- Die „sonstigen Entgeltgruppen“ stellen Beschäftigungsverhältnisse dar, die keiner festen Entgeltgruppe zugeordnet sind, wie z. B. Fremdsprachenassistentin/ -assistenten, Lehrbeauftragte, Stud./ Wiss. Hilfskräfte, Tutorinnen/ Tutoren, Übungsleiterinnen/ -leiter.
- Die Summe der hier dargestellten „sonstigen“ Entgeltgruppen beträgt 4.821. Dies entspricht einem Anteil von 22,0 % aller tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnisse des Landesdienstes.

7. Personalausgaben

7.1. Besoldung und Entgelt

Tabelle 7.1.	Personal ausgaben Besoldung	Personal ausgaben Entgelt	Summe
Gesamtkosten 2014 ohne Kindergeld			
Summe Geschäftsbereich MP / StK	6.995.749,51 €	5.106.796,41 €	12.102.545,92 €
Summe Geschäftsbereich MJKE	152.736.901,07 €	78.185.635,13 €	235.964.789,97 €
Summe Geschäftsbereich MSB	1.115.236.049,17 €	177.372.945,16 €	1.292.966.449,86 €
Summe Geschäftsbereich MIB	302.438.923,22 €	69.914.076,21 €	372.352.999,43 €
Summe Geschäftsbereich MELUR	27.528.339,48 €	80.336.277,49 €	108.745.018,56 €
Summe Geschäftsbereich FM	148.538.336,02 €	37.139.439,43 €	185.677.775,45 €
Summe Geschäftsbereich MWAVT	16.744.342,70 €	63.221.938,11 €	81.127.233,11 €
Summe Geschäftsbereich MSGWG	13.449.666,74 €	15.358.902,01 €	28.808.568,75 €
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	1.783.668.307,91 €	526.636.009,95 €	2.317.745.381,05 €
Summe Hochschulbereich	72.872.108,54 €	195.694.270,10 €	295.321.584,89 €
Summe UKSH, Campi Kiel und Lübeck	11.041.029,48 €	344.656,15 €	11.385.685,63 €
Summe Stiftung Landesmuseen	Kein Eintrag, s. S. 16	Kein Eintrag, s. S. 16	7.087.159,53 €
Summe Stiftung Naturschutz	0,00 €	2.309.944,02 €	2.309.944,02 €
Summe Institut für Weltwirtschaft	1.064.799,40 €	7.651.672,55 €	8.716.471,95 €
Summe Institut für Pädagogik d. N.	Kein Eintrag, s. S. 16	Kein Eintrag, s. S. 16	6.813.844,93 €
Summe Deutsche Zentralbibliothek	Kein Eintrag, s. S. 16	Kein Eintrag, s. S. 16	12.699.896,46 €
Summe Anstalt SH Landesforsten	1.844.550,65 €	0,00 €	1.844.550,65 €
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	1.870.490.795,98 €	732.636.552,77 €	2.663.924.519,11 €

Zusammengefasste Darstellung des UKSH, da keine genaue Zuordnung möglich.

Hinweise zu Tabelle 7.1.

Die abgebildeten Personalausgaben spiegeln die Größenverhältnisse der Beschäftigtengruppen wider. Sie beinhalten auch die nachstehend noch gesondert dargestellten Personalausgaben für die Anwärterinnen/Anwärter, Referendarinnen/Referendare und Auszubildenden.

Die Personalausgaben für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten sind mehr als doppelt so hoch wie die Personalausgaben für die Gruppe der Tarifbeschäftigten.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Beamtinnen und Beamten mit 67,1 % an den Gesamtbeschäftigten deutlich höher ist als der Anteil der Tarifbeschäftigten (32,9 %). Hinzu kommt die relativ hohe Zahl der Angehörigen des ehemals höheren Dienstes im Bereich des MSB (siehe hierzu auch Tabelle 5.5.).

Beide Kostenblöcke beschreiben die jeweils laufenden Bezüge. Rückstellungen für Versorgungslasten o.ä. sind nicht enthalten.

7.2. Personalausgaben für Anwärtnerinnen und Anwärtler sowie Referendarinnen und Referendare (Beamtenbereich)

Tabelle 7.2.	Personalausgaben für Anwärtnerinnen/ Anwärtler und Referendarinnen/ Referendare (Beamtenbereich)						
	Anwärtler		Referendare		gesamt		
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	ges.
Gesamtausgaben 2014 ohne Kindergeld							
Justizressort	933.315,80	783.565,79	5.163.776,28	3.585.000,48	6.097.092,08	4.368.566,27	10.465.658,35
Schulen	15.963.780,38	6.604.884,29	52.501,44	16.832,42	16.016.281,82	6.621.716,71	22.637.998,53
Innenressort	2.722.098,55	6.132.553,72	0,00	0,00	2.722.098,55	6.132.553,72	8.854.652,27
Ressort MELUR	161.607,15	121.824,74	0,00	0,00	161.607,15	121.824,74	283.431,89
Finanzämter	1.501.703,85	1.199.816,85	0,00	0,00	1.501.703,85	1.199.816,85	2.701.520,70
Wirtschaftsressort	29.208,00	64.986,65	0,00	0,00	29.208,00	64.986,65	94.194,65
Hochschulbereich	19.752,20	33.019,80	24.324,74	2.340,01	44.076,94	35.359,81	79.436,75
Sonderbereiche (Stiftungen, Institute, Anstalten)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	21.331.465,93	14.940.651,84	5.240.602,46	3.604.172,91	26.572.068,39	18.544.824,75	45.116.893,14

Hinweise zu Tabelle 7.2.

Die Personalausgaben für Anwärtnerinnen und Anwärtler sowie Referendarinnen und Referendare betragen 45.116.893,14 €. Dies entspricht 2,41 % der landesweiten Besoldungskosten für Beamtinnen und Beamte.

Unterschiedliche Anstellungsformen der Referendarinnen und Referendare sowohl als Tarifbeschäftigte als auch als beamtete Kräfte führen dazu, dass diese Beschäftigtengruppe sowohl hier als auch in Tabelle 6.5 statusgruppengenau dargestellt wird.

7.3. Personalausgaben für Auszubildende (Tarifbereich)

Tabelle 7.3.	Personalausgaben für Auszubildende (Tarifbereich)		
	Gesamtausgaben 2014 ohne Kindergeld	Frauen	Männer
Justizressort	489.437,88	71.019,53	560.457,41
Schulen	11.360,49	0,00	11.360,49
Innenressort	128.000,60	151.017,92	279.018,52
Ressort MELUR	14.857,05	157.908,65	172.765,70
Finanzämter	0,00	0,00	0,00
Wirtschaftsressort	118.144,06	704.365,33	822.509,39
Hochschulbereich	416.622,77	563.075,15	979.697,92
Sonderbereiche (Stiftungen, Institute, Anstalten)	65.111,32	36.865,84	101.977,16
Summe	1.243.534,17	1.684.252,42	2.927.786,59

Hinweise zu Tabelle 7.3.

Die Personalausgaben für Auszubildende des Landes Schleswig-Holstein entsprechen mit 2.927.786,56 € genau 0,40 % der Personalausgaben für Tarifbeschäftigte.

Dieser Kostenanteil liegt deutlich unter dem entsprechenden Anteil für Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare im Beamtenbereich. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der weitaus größere Teil der Nachwuchskräfte in einem Beamtenverhältnis ausgebildet wird.

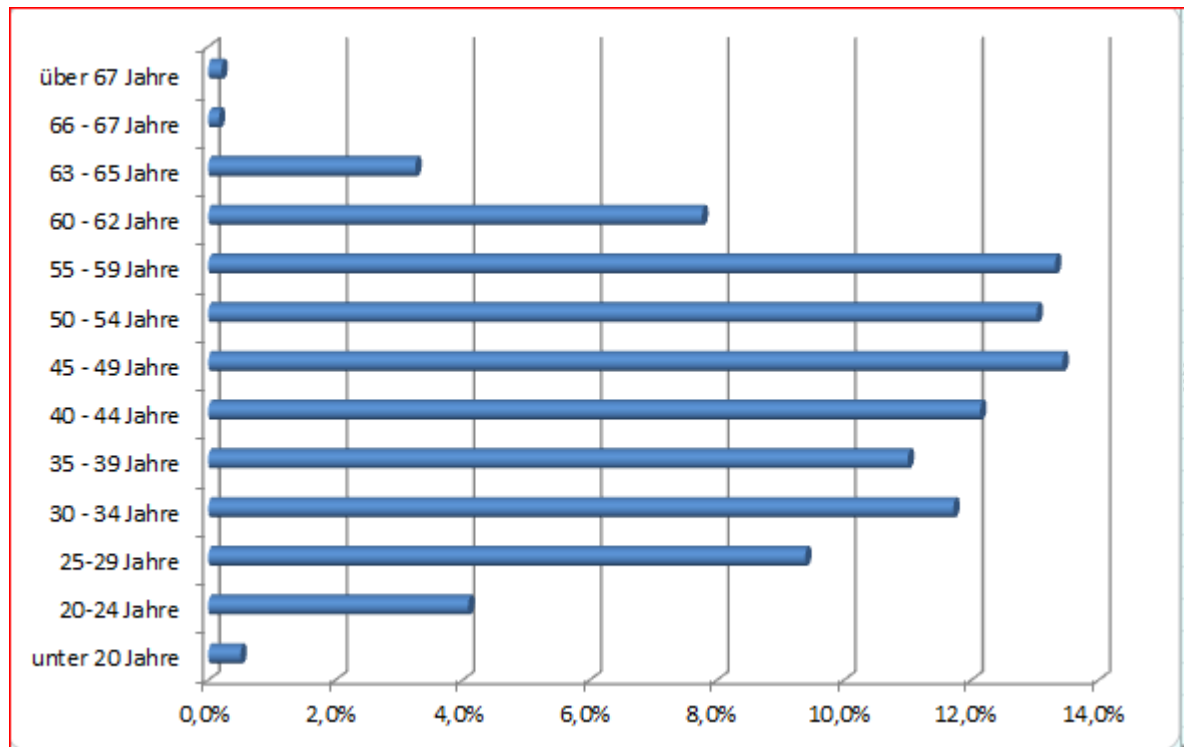
8. Altersstruktur der Beschäftigten in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung

Tabelle 8	Alterstruktur der Beschäftigten in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung (F = Frauen, M = Männer)																
	31. Dezember 2014	unter 20	20 - 24	25-29	30-34	35 - 39	40 -44	45 - 49	50 - 54	55 - 59	60 - 62	63 - 65	66 -67	über 67	Gesamtsumme	Gesamtsumme	Gesamtsumme
	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	F + M	M	F	F + M	
Summe Geschäftsbereich MP / StK			10	16	20	35	49	40	35	15					102	127	229
Summe Geschäftsbereich MJKE	34	183	680	721	697	755	960	826	768	360	161			2461	3693	6154	
Summe Geschäftsbereich MSB		95	2054	3996	3747	4317	3872	3401	4102	3102	1263	61	51	9219	20846	30065	
Summe Geschäftsbereich MIB	98	669	785	1052	1149	1092	1350	1692	1342	274	91			6849	2747	9596	
Summe Geschäftsbereich MELUR	12	31	87	122	157	234	386	449	433	205	122			1308	932	2240	
Summe Geschäftsbereich FM	81	261	378	402	430	507	720	828	927	555	170			2206	3054	5260	
Summe Geschäftsbereich MWAVT	45	60	73	99	170	239	351	264	221	132	60			1292	422	1714	
Summe Geschäftsbereich MSGWG			12	21	37	62	145	147	135	63	35			230	430	660	
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	274	1302	4079	6429	6407	7241	7833	7647	7963	4706	1910	72	55	23667	32251	55918	
Summe Hochschulbereich	57	1345	2028	1259	804	709	961	876	773	395	211	37	82	5091	4446	9537	
Summe UKSH, Campus Kiel	0	0	0	0		12		22	18				0	61	19	80	
Summe UKSH, Campus Lübeck	0	0	0	0		12	19	12	12			0	0	55	15	70	
Summe Stiftung Landesmuseen					20	28	28	32	16	14			0	0	73	88	161
Summe Stiftung Naturschutz						11				0	0	0	0	21	31	52	
Summe Institut für Weltwirtschaft		11	33	29	20	16	16	25	15	10				95	87	182	
Summe Institut für Pädagogik d. N.		49	81	35	28	11	15	10				0	0	74	172	246	
Summe Deutsche Zentralbibliothek		11	20	31	22	36	48	32	32	23			0	0	93	173	266
Summe Anstalt SH Landesforsten	0	0	0	0	0				15				0	0	32	35	
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	337	2720	6247	7798	7320	8077	8938	8668	8860	5166	2167	111	138	29262	37285	66547	

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 8 sind auf der folgenden Seite abgedruckt.

Grafik 8: Altersstruktur der Beschäftigten in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung



Hinweise zu Tabelle 8 und Grafik 8

Aus Tabelle 8 sowie Grafik 8 geht hervor, dass der Anteil lebensälterer Menschen in der Landesverwaltung deutlich höher ist als der Anteil jüngerer Menschen.

Den mit Abstand personalstärksten Bereich stellt der Personenkreis im Alter von 45 Jahren bis 59 Jahren.

9. Durchschnittliches Eintrittsalter in den Landesdienst

Tabelle 9		Durchschnittliches Eintrittsalter in den Landesdienst		
Dezember 2014	Einzelpläne 03 - 13	Landes- betriebe	zus. erfasster Bereich gem. Nr. 3.2 des Berichts	Gesamt- ergebnis
Laufbahngruppe 1 / 1. EA	34,27	37,42	39,17	35,54
männlich	32,69	36,50	38,44	33,87
weiblich	36,53	38,44	39,69	37,54
Laufbahngruppe 1 / 2. EA	25,28	28,24	34,26	26,53
männlich	25,09	28,41	32,89	26,18
weiblich	25,44	27,48	34,78	26,85
Laufbahngruppe 2 / 1. EA	29,69	30,53	33,48	29,91
männlich	27,75	31,22	33,84	28,29
weiblich	30,78	29,34	33,18	30,86
Laufbahngruppe 2 / 2. EA (incl. B-Besoldung)	34,46	33,57	31,98	34,02
männlich	35,02	33,65	32,04	34,38
weiblich	34,01	33,42	31,90	33,70
sonstige Besoldungslaufbahnen (z.B. Professoren, Richter, Anwärter)	28,04	28,08	40,35	30,71
männlich	28,02	28,26	40,66	32,28
weiblich	28,05	27,79	38,96	28,97
sonstige Entgeltlaufbahnen (z. Bsp. Beschäftigte nach besoldungsrechtl. Vorschriften, Auszubildende, Praktikanten)	27,61	19,36	30,26	29,63
männlich	28,39	19,12	31,77	31,01
weiblich	27,11	20,58	28,45	28,12
Gesamtergebnis	29,92	29,08	32,73	30,34

Hinweise zu Tabelle 9

Tabelle 9 weist ein durchschnittliches Eintrittsalter in den Landesdienst von 30,34 Jahren aus.

Abweichungen nach „unten“ stellen die Frauen und Männer der LG 1 / 2. EA mit einem Durchschnittsalter von 26,53 Jahren dar.

Abweichungen nach „oben“ bildet der Personenkreis der LG 1 / 1. EA mit einem durchschnittlichen Einstiegsalter von 35,54 Jahren.

10. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze

In den folgenden Tabellen „Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze“ wurde Folgendes berücksichtigt:

- stufenweise Anhebung der Altersgrenze bis Jahrgang 1964 bzw. 1969 (besondere Altersgrenze);
- besondere Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte nach §§ 108, 114 LBG;
- Sonderregelung für den Schulbereich: Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf des letzten Monats des Schulhalbjahres, in dem die Altersgrenze erreicht wird;
- Sonderregelung für den Hochschulbereich: Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf des letzten Monats des Semesters oder Trimesters, in dem die Altersgrenze erreicht wird.

10.1. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Jahre 2015 bis 2021

Tabelle 10.1.	Altersabgänge (mit Erreichen der Regelaltersgrenze: 2015 bis 2021 (F = Frauen, M = Männer)													
	2015	2015	2016	2016	2017	2017	2018	2018	2019	2019	2020	2020	2021	2021
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
Summe Geschäftsbereich MP / StK														
Summe Geschäftsbereich MJKE	52	28	39	22	41	47	49	52	55	63	51	73	44	65
Summe Geschäftsbereich MSB	227	125	269	246	270	402	365	582	354	611	299	650	280	587
Summe Geschäftsbereich MIB	229	16	175	18	203	37	201	26	206	29	224	45	284	48
Summe Geschäftsbereich MELUR	28	14	40	12	52	19	39	16	38	19	58	23	47	25
Summe Geschäftsbereich FM	33	23	40	31	50	66	80	88	101	93	92	90	77	111
Summe Geschäftsbereich MWAVT	17		16		34		36		31		35		29	
Summe Geschäftsbereich MSGWG								14	14	10	11		11	12
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	594	218	589	342	667	587	773	789	804	834	770	895	775	859
Summe Hochschulbereich	148	55	54	22	74	35	74	52	64	49	101	40	77	51
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse: 10.533	765	279	650	370	754	626	858	853	881	891	880	943	859	924

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 10.1.

Dargestellt sind in einem ersten Teil die Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze der Jahre 2015 bis 2021 (= sieben Jahre).

Die Summen der Beschäftigungsverhältnisse lauten hier:

Frauen: 4.886, Männer: 5.647, gesamt: 10.533.

10.2. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Jahre 2022 bis 2027

Tabelle 10.2.	Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: 2022 bis 2027 (F = Frauen, M = Männer)											
	2022		2023		2024		2025		2026		2027	
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
Summe Geschäftsbereich MP / StK												
Summe Geschäftsbereich MJKE	63	80	52	76	69	114	54	91	44	66	48	78
Summe Geschäftsbereich MSB	227	561	229	494	251	517	237	551	161	491	159	443
Summe Geschäftsbereich MIB	281	41	259	39	314	61	422	54	163	41	175	54
Summe Geschäftsbereich MELUR	60	18	46	25	57	32	49	35	26	40	61	29
Summe Geschäftsbereich FM	74	110	79	110	71	95	50	73	53	72	55	68
Summe Geschäftsbereich MWA VT	24	12	30		33	12	40		17		35	12
Summe Geschäftsbereich MSGWG				18				11		19		
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	738	847	710	774	809	846	864	830	473	737	547	698
Summe Hochschulbereich	77	49	87	53	85	76	83	62	85	53	73	62
Summe aller Beschäftigungs- verhältnisse: 9.860	823	904	812	837	911	936	963	898	568	802	633	773

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 10.2.

Dargestellt sind in einem zweiten Teil die Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze der Jahre 2022 bis 2027 (= sechs Jahre).

Die Summen der Beschäftigungsverhältnisse lauten hier:

Frauen: 5.150, Männer: 4.710, Summe: 9.860.

10.3. Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Zusammenfassung

Tabelle 10.3.	Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze: Zusammenfassung (F = Frauen, M = Männer)								
	Summe 2015 - 2021	Summe 2015 - 2021	Summe 2015 - 2021	Summe 2022 - 2027	Summe 2022 - 2027	Summe 2022 - 2027	Summe 2015 - 2027	Summe 2015 - 2027	Summe 2015 - 2027
	M	F	ges.	M	F	ges.	M	F	ges.
Summe Geschäftsbereich MP / StK	16	13	29	19	20	39	35	33	68
Summe Geschäftsbereich MJKE	331	350	681	330	505	835	661	855	1516
Summe Geschäftsbereich MSB	2064	3203	5267	1264	3057	4321	3328	6260	9588
Summe Geschäftsbereich MIB	1522	219	1741	1614	290	1904	3136	509	3645
Summe Geschäftsbereich MELUR	302	128	430	299	179	478	601	307	908
Summe Geschäftsbereich FM	473	502	975	382	528	910	855	1030	1885
Summe Geschäftsbereich MWAVT	198	45	243	179	57	236	377	102	479
Summe Geschäftsbereich MSGWG	66	64	130	54	96	150	120	160	280
Zwischensumme aller Beschäftigungsverhältnisse	4972	4524	9496	4141	4732	8873	9113	9256	18369
Summe Hochschulbereich	592	304	896	490	355	845	1082	659	1741
Summe UKSH, Campus Kiel	16		16	19		21	35		37
Summe UKSH, Campus Lübeck			10	15		16	24		26
Summe Stiftung Landesmuseen	15	12	27		13	21	23	25	48
Summe Stiftung Naturschutz						10			12
Summe Institut für Weltwirtschaft	11	12	23			15	17	21	38
Summe Institut für Pädagogik d. N.						10		14	19
Summe Deutsche Zentralbibliothek	14	24	38	12	24	36	26	48	74
Summe Anstalt SH Landesforsten	16		16	11		13	27		29
Summe aller Beschäftigungsverhältnisse	5647	4886	10533	4710	5150	9860	10357	10036	20393

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 10.3.

Teil drei der Tabellen zum Thema „Altersabgänge mit Erreichen der Regelaltersgrenze“ bietet eine Zusammenfassung der Jahre 2015 bis 2027.

Zu erkennen ist, dass während eines Zeitraums von 12 Jahren insgesamt 10.036 Frauen und 10.357 Männer, zusammen 20.393 Menschen altersbedingt aus der Landesverwaltung ausscheiden werden.

Im Durchschnitt werden jedes Jahr 836 Frauen und 863 Männer, zusammen 1.699 Menschen, aus Altersgründen den Landesdienst verlassen.

In der Gesamtschau ist ersichtlich, dass in den kommenden 12 Jahren von derzeit 66.547 Gesamtbeschäftigten 20.393 Beschäftigte altersbedingt aus dem Landesdienst ausscheiden werden. Dies sind knapp ein Drittel (30,6 %) des gesamten Personalkörpers.

10.4. Frühpensionierung von Beamtinnen und Beamten

Tabelle 10.4.			Ruhestandsgründe (F = Frauen, M = Männer, LG = Laufbahngruppe, EA = Einstiegsamt)										
Ruhestand von Beamtinnen und Beamten in 2014													
Bereich	Geschlecht	Laufbahngruppen	Allgemeine Antragsaltersgrenze	auf Antrag wegen Schwerbehinderung	bes. Altersgrenzen (z.B. Vollzugsdienst)	Dienstunfähigkeit	Gesetzliche Regelaltersgrenze	hinausgeschobene bes. Altersgrenze auf Antrag	hinausgeschobene Regelaltersgrenze auf Antrag	Regelaltersgrenze n. dem 67.LJ (z.B. Prof. auch zw.65. u. 67.LJ)	Summe aller Ruhestände	Summe aller Ruhestände pro Gruppe	Summe der Dienstunfähigkeit pro Gruppe
Polizei	M	B-Besoldung											
Polizei	M	LG 1, 2. EA			16						19		
Polizei	M	LG 2, 1. EA			112						124		
Polizei	M	LG 2, 2. EA											
Polizei	F	LG 1, 2. EA											
Polizei	F	LG 2, 1. EA										151	12
Schulen	M	LG 2, 1. EA	115	15		32	51				215		
Schulen	M	LG 2, 2. EA	122	13		22	67				224		
Schulen	F	LG 2, 1. EA	299	45		79	50				473		
Schulen	F	LG 2, 2. EA	56	10		18	13				97	1009	151
sonstige	M	B-Besoldung									8		
sonstige	M	C-Besoldung					10				19		
sonstige	M	LG 1, 1. EA									7		
sonstige	M	LG 1, 2. EA	20			12	13				56		
sonstige	M	LG 2, 1. EA	24				27				75		
sonstige	M	LG 2, 2. EA	12				15				30		
sonstige	M	R-Besoldung									10		
sonstige	M	W-Besoldung									2		
sonstige	F	B-Besoldung									2		
sonstige	F	LG 1, 2. EA	19			14					41		
sonstige	F	LG 2, 1. EA	13								29		
sonstige	F	LG 2, 2. EA									6		
sonstige	F	R-Besoldung									5	290	51
Summe			691	102	149	214	285				1450	1450	214

Quelle: Frühpensionierungsbericht 2015 der Landesregierung bzw. Permis-A

Tabelle enthält teilweise keine Auswertungsergebnisse im einstelligen Bereich, siehe Seite 16.

Hinweise zu Tabelle 10.4.

Die Daten dieser Tabelle wurden dem Frühpensionierungsbericht 2015 der Landesregierung (Berichtsjahr 2014, Umdruck 18/4551) entnommen.

Gegenübergestellt sind die unterschiedlichen Zahlenverhältnisse der vorzeitigen Ruhestandseintritte wegen Dienstunfähigkeit sowie anderer Gründe für den Eintritt in den Ruhestand.

Besondere Ruhestandsgründe, wie zum Beispiel Versetzung in den einstweiligen Ruhestand oder Ruhestand mit Ablauf der Dienstzeit (bei Beamtinnen/ Beamten auf Zeit) sind hier nicht berücksichtigt.

Die *vorzeitigen* Ruhestände wegen Dienstunfähigkeit erreichen im Berichtsjahr demzufolge einen Anteil von 14,76 % aller oben beschriebenen Ruhestandseintritte.

11. IST-Ausgaben für Versorgung (Daten aus SAP)

Tabelle 11		IST-Ausgaben für Versorgung im HHJ 2014	
Finanzstelle	Epl / Titel 1105 TG 00	Versorgungsbezüge Zweckbestimmung	IST-Ausg. HHJ 2014 Stand: 12.01.2015
05101000	431 01 - 1	Ministerpräsident, Landesminister	1.946.235,65 €
05101000	432 01 - 8	Landtag	
05101000	432 02 - 6	Landesrechnungshof	
05101000	432 03 - 4	Epl 03 Staatskanzlei	1.992.976,94 €
05101000	432 04 - 2	Epl 04 Innenministerium	15.870.399,14 €
05101000	432 05 - 0	Polizei	127.705.539,15 €
05101000	432 06 - 9	Epl 05 ohne Finanzämter	11.528.442,67 €
05101000	432 07 - 7	Finanzämter	44.347.449,98 €
05101000	432 08 - 5	Epl 06 Min. Wirtschaft, Technik, Verkehr	13.885.466,60 €
05101000	432 09 - 3	Epl 07 ohne Schulen	26.470.598,05 €
05101000	432 10 - 7	Sonderschulen	33.008.853,50 €
05101000	432 11 - 5	Grund u. Hauptschule	197.115.071,54 €
05101000	432 12 - 3	Realschulen	93.448.545,23 €
05101000	432 13 - 1	Gymnasien	148.133.062,41 €
05101000	432 14 - 0	Berufsbildende Schulen	81.976.066,34 €
05101000	432 15 - 8	Fachhochschulen	15.222.060,31 €
05101000	432 16 - 6	Universitäten einschl. Kliniken	40.657.906,45 €
05101000	432 18 - 2	Epl 08 Min. länd Räume, Landespl, Landwirt, Touris	10.890.080,77 €
05101000	432 19 - 0	Epl 09 Justiz, Frauen, Jugen, Familie	78.460.682,34 €
05101000	432 20 - 4	Epl 13 Umwelt, Natur, Forsten	10.836.457,46 €
05101000	432 21 - 2	Epl 10 Arbeit, Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz	17.232.530,94 €
05101000	432 22 - 0	früheres Oberpräsidium	
05101000	432 23 - 9	früheres Regierungspräsidium	11.932,28 €
05101000	432 24 - 7	Provinzialverband	20.796,47 €
05101000	432 29 - 8	Gesamtschulen	42.386.987,76 €
	Summe	Versorgungsbezüge	1.018.450.975,26 €
05101000	432 26 - 3	Versorgungsausgleichsbeträge	12.688.848,57 €
		Gesamt	1.031.139.823,83 €
05101000	439 01 - 2	Reichsnährstand-Abwicklungsgesetz	4.529,53 €
05101000	439 05 - 5	Zusatzrenten	1.887,24 €
	Summe		6.416,77 €
05101000	Gesamtsumme	Versorgungsbezüge	1.031.146.240,60 €

Quelle: SAP

Hinweise zu Tabelle 11Finanzposition 1105 00 432 22:

Hier ist keine Bewegung mehr festzustellen, diese Finanzposition wird bei der Haushaltsanmeldung 2017 entfallen.

Finanzposition 1105 00 432 23:

Frühere Dienststelle mit aktuellen Versorgungszahlungen.

Finanzposition 1105 00 432 24:

Frühere Dienststelle mit aktuellen Versorgungszahlungen.

Finanzposition 1105 00 432 26:

Veranschlagt sind Erstattungen des Landes gem. § 225 Abs. 1 u. 2 SGB VI an Sozialversicherungsträger. Den Versicherungsträgern sind die Aufwendungen zu erstatten, die sie im Rahmen des Versorgungsausgleichs (§ 1587 b Abs. 2 BGB) für geschiedene Ehegatten von Beamtinnen und Beamten sowie Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten leisten.

Finanzposition 1105 00 439 05:

Leistungen nach dem Reichsnährstands-Abwicklungsgesetz.

Die Versorgungs-Ist-Ausgaben für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Schleswig-Holstein stellen neben dem „aktiven“ Teil der Personalausgaben den „passiven“ Teil der Personalausgaben für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten dar.

Die Ausgaben für Versorgung entsprechen 28,37 % der Gesamtpersonalausgaben. Die Summe der Ausgaben für Besoldung (51,47%) und Entgelt (20,16 %) bilden zusammen einen Anteil von 71,36 % der Gesamtpersonalausgaben (siehe Übersicht auf der nächsten Seite).

Übersicht über die Personalausgaben 2014

Übersicht ü. Personal- ausgaben	Ausgabenbereich	Betrag	Anteil an Gesamt- ausgaben
Tabelle 7.1.	Besoldung	1.870.490.795,98 €	51,47%
Tabelle 7.1.	Entgelt	732.636.552,77 €	20,16%
Tabelle 11	Versorgung	1.031.146.240,60 €	28,37%
	Gesamtausgaben	3.634.273.589,35 €	

12. IST-Ausgaben für Beihilfe (Daten aus SAP)

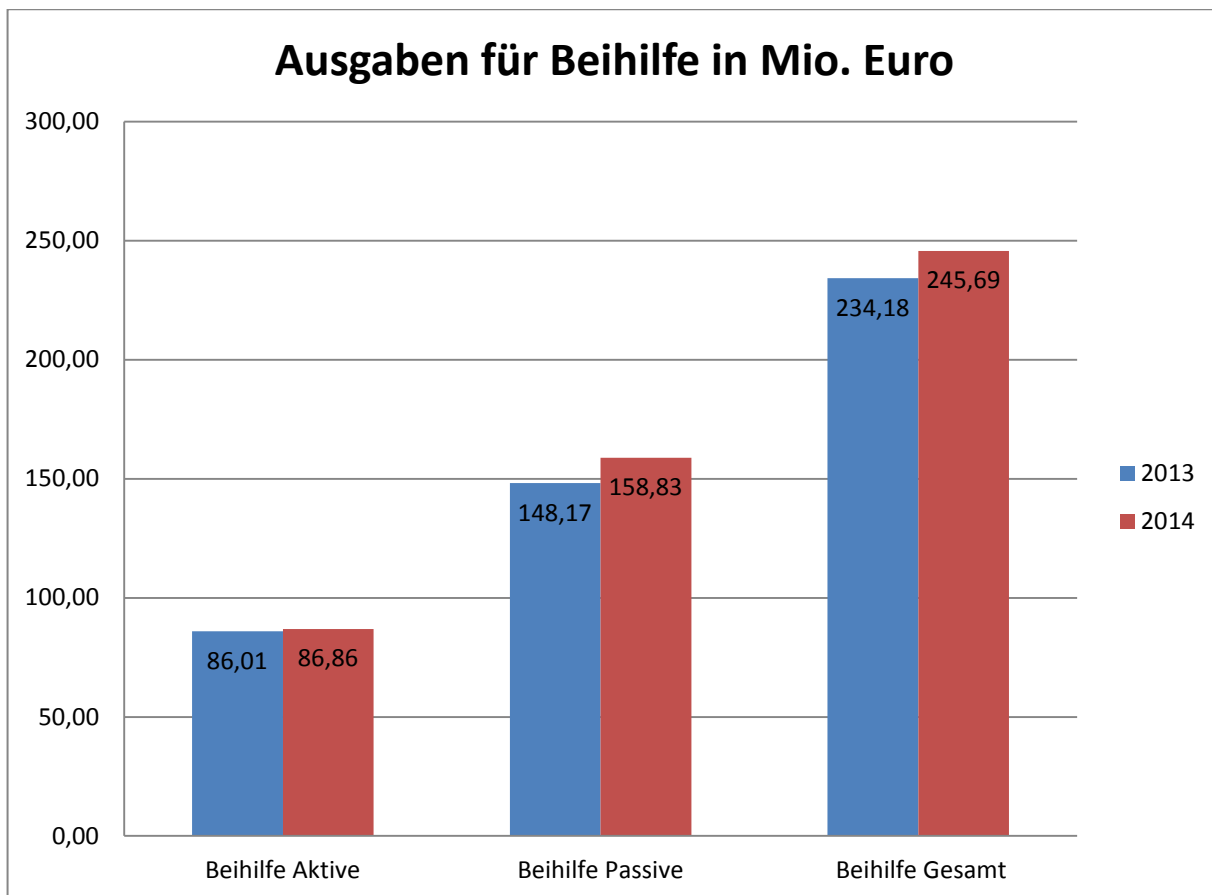
Tabelle 12: IST-Ausgaben für Beihilfe	Jahr	
	2013	2014
Ausgaben Beihilfe	in Mio.€	in Mio.€
Aktive Beamtinnen und Beamte	86,01	86,86
Versorgungsempfängerinnen und -empfänger	148,17	158,83
Ausgaben gesamt	234,18	245,69
Erstattungsbeiträge nach Aufwendungsart - AKTIVE-		
Ärztliche Behandlungen Ambulant	31,61	30,9
Krankenhaus Stationär	14,9	15,6
Heilmittel	12,26	12,35
Zahnbehandlung und -ersatz	12,83	12,77
Erstattungsbeiträge Aufwendungsarten Aktive gesamt	71,6	71,62
Erstattungsbeiträge nach Aufwendungsart - PASSIVE-		
Ärztliche Behandlungen Ambulant	39,17	41,13
Krankenhaus Stationär	36,3	39,82
Heilmittel	27,58	30,05
Zahnbehandlung und -ersatz	13,6	14,31
Erstattungsbeiträge Aufwendungsarten Passive gesamt	116,65	125,31
Erstattungsbeiträge Aufwendungsarten Aktive und Passive gesamt	188,25	196,93
Erstattungsbeiträge sonstige Aufwendungsarten Akt. + Pass. gesamt	45,93	48,76
Ausgaben gesamt	234,18	245,69
Kostendämpfungspauschale/Selbstbehalt	10,2	8,5
Anzahl Beihilfeempfänger	in Tsd.	in Tsd.
Aktive Beamtinnen und Beamte	45	44
Versorgungsempfängerinnen und -empfänger	31	32
Erstellte Bescheide	305	310

Quelle: SAP

Hinweise zu Tabelle 12

Beihilfe wird vom Land Schleswig-Holstein zum einen für aktiv beschäftigte Beamtinnen und Beamte und zum anderen für Versorgungsempfängerinnen und –empfänger (Passive) des Landes Schleswig-Holstein gewährt. Gem. § 1 BhVO (Beihilfeverordnung) ist die Beihilfe eine Ergänzung der privaten Eigenvorsorge im Krankheitsfall und somit eine ergänzende Fürsorgeleistung des Landes Schleswig-Holstein.

Im Jahr 2014 wurden ca. 310 Tsd. Beihilfeanträge von ca. 44 Tsd. aktiv beschäftigten Beamtinnen und Beamten und ca. 32 Tsd. Versorgungsempfängerinnen und –empfängern bearbeitet. Ein Beihilfeantrag enthält im Durchschnitt 6 bis 7 Belege.

Grafik 12 (1)

Quelle: SAP

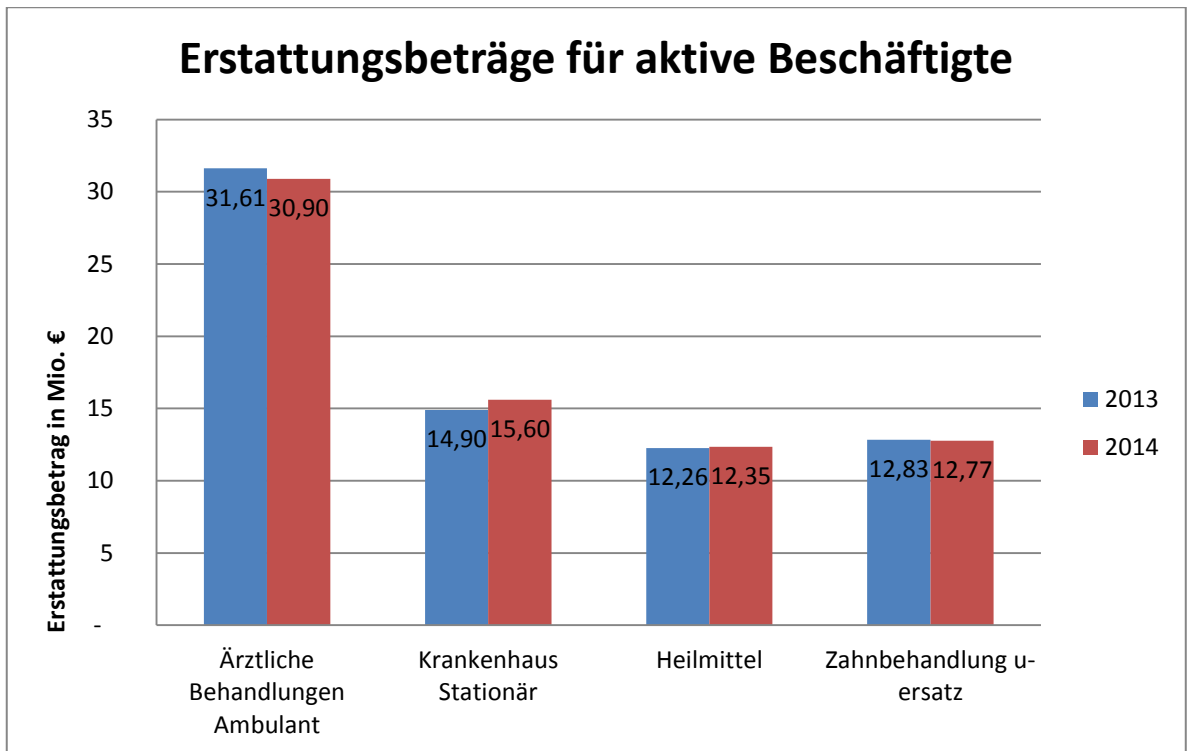
Hinweise zu Grafik 12 (1)

Die Ausgaben für Beihilfen beliefen sich im Jahr 2014 auf ca. 246 Mio. €. Sie erhöhten sich in 2014 gegenüber 2013 um ca. 4,9% (11,5 Mio. €). Der vorstehenden Abbildung ist die Aufteilung auf die einzelnen Empfängergruppen zu entnehmen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in 2014 die Ausgaben für Beihilfen für die Passiven um 10,67 Mio. € und für die Aktiven um 0,84 Mio. € gestiegen. Der Anstieg lag bei den Passiven damit bei ca. 7,2 % und bei den Aktiven bei ca. 0,99 %.

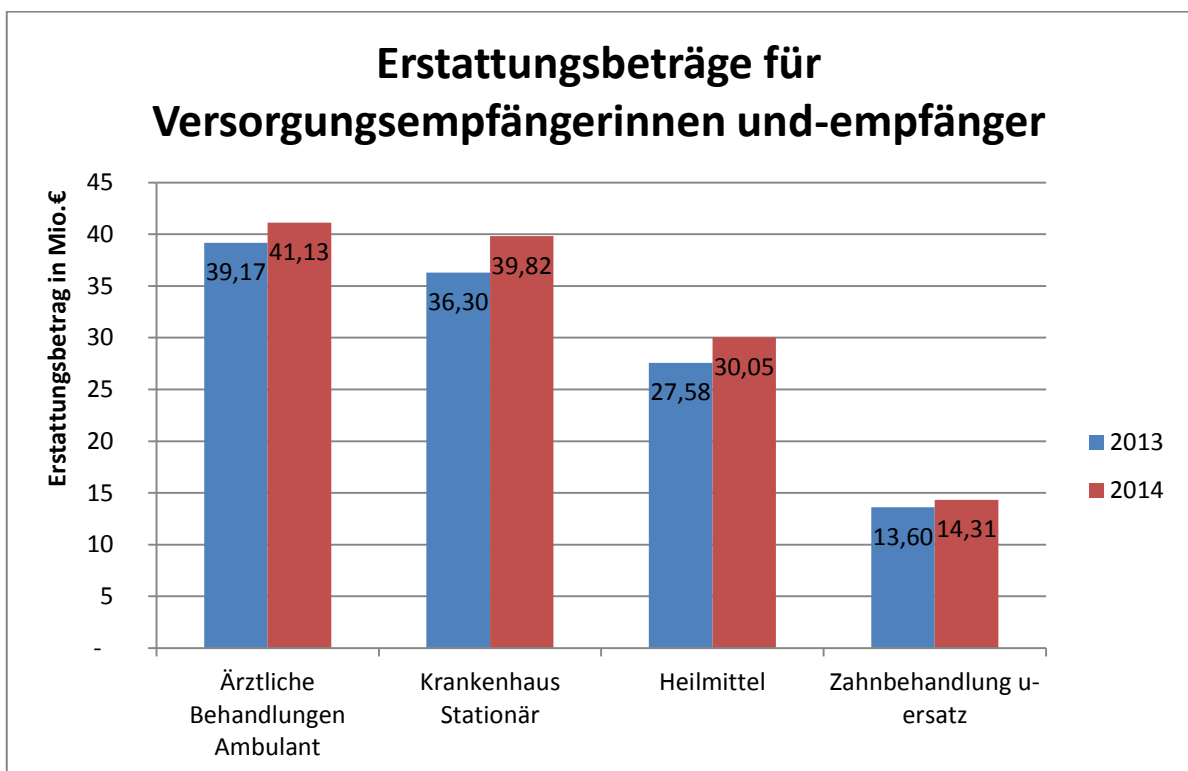
Ohne die im Jahr 2005 eingeführte Kostendämpfungspauschale/Selbstbehalt wäre die Beihilfezahlung im Jahr 2014 um 8,5 Mio. € höher gewesen.

Grafik 12 (2)



Quelle: SAP

Grafik 12 (3)



Quelle: SAP

Hinweise zu Grafik 12 (2) und Grafik 12 (3)

Die vorstehenden Abbildungen zeigen die Entwicklung der jeweils vier größten Aufwendungsarten bei den *Aktiven* sowie *Passiven* seit 2013.

13. Personalmanagementbericht

Das Land Schleswig-Holstein ist der größte Arbeitgeber zwischen Nord- und Ostsee. Angesichts des demographischen Wandels, neuer gesellschaftlicher Herausforderungen mit einer sich stetig ändernden Arbeitswelt wird es auch für das Land Schleswig-Holstein immer wichtiger, durch eine moderne Personalpolitik auch zukünftig ein attraktiver Arbeitgeber zu sein.

Die Landesregierung hält es deshalb für erforderlich, an einer zentralen Stelle innerhalb der Landesverwaltung die relevanten Daten über die personelle Struktur ressortübergreifend vorzuhalten und in enger Abstimmung mit „KoPers“ sukzessive ein Steuerungssystem und Informationsmanagement aufzubauen. In Kenntnis der Datenlage werden sodann personalwirtschaftliche Konzepte und Instrumente für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein weiterentwickelt.

Zur Umsetzung dieser und weiterer personalpolitischen Ziele wird die Aufgabenwahrnehmung des Zentralen Personalmanagements (ZPM) in der Staatskanzlei kontinuierlich erweitert und optimiert.

13.1. Das Zentrale Personalmanagement der Staatskanzlei

Das ZPM befasst sich mit allen Fragen des Personalmanagements, wie Personalplanung, -entwicklung und -führung sowie mit ressortübergreifenden Personalangelegenheiten. Das Personalmanagement hat besonders die Mitarbeiterzufriedenheit im Blick, weil die hohen Standards der Landesverwaltung SH vor allem von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abhängen.

Im Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung stellt sich die Frage, wie sich das Land SH auf gesellschaftliche Entwicklungen und Trends einstellen muss, um auch zukünftig handlungsfähig und als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Ein Beispiel ist der demographische Wandel: In den nächsten Jahren wird eine große Anzahl der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Gleichzeitig werden dem Arbeitsmarkt aufgrund der

demographischen Entwicklung weniger Schulabgängerinnen und Schulabgänger zur Verfügung stehen.

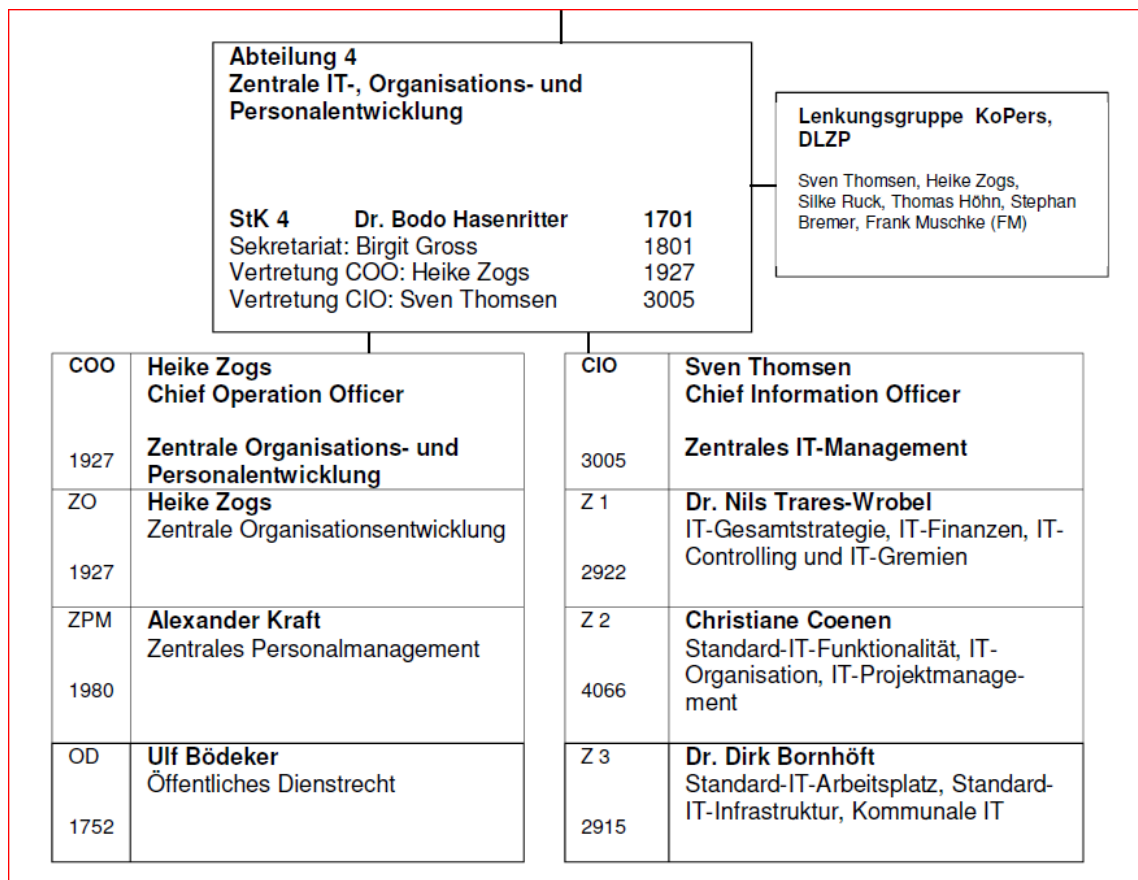
Das ZPM hat deshalb die landesweite Nachwuchskräfte-Werbekampagne im Jahr 2015 intensiviert. Dabei hat es auch den gesellschaftlichen Wandel mit dem steigenden Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund im Blick, die gezielt angesprochen werden.

Die Ausrichtung der zukünftigen Aufgabenwahrnehmung und die Vorbereitung entsprechender Steuerungsentscheidungen stützen sich auf das im Aufbau befindliche Personalberichtswesen. Die zu diesem Zweck erforderlichen Personalstrukturdaten werden durch das ZPM erhoben, zusammengeführt und bewertet.

Ein bedeutender Faktor sind dabei die Personalausgaben, die einen großen Teil des Landeshaushalts ausmachen. Ausgabendisziplin, gutes Controlling sowie die Überprüfung der Geschäftsprozesse durch alle Ressorts helfen dabei, diese Mittel angemessen und effizient einzusetzen.

Das ZPM steuert diesen Prozess für die Landesverwaltung SH und stellt die maßgeblichen Daten im jährlichen Stellen- und Personalabbaubericht dar. Im Jahr 2016 wird sich dabei – wie schon 2015 – in besonderem Maße die Frage stellen, welche Ressourcen zur Bewältigung der Flüchtlingszahlen erforderlich sind.

Grafik 13.1. Abteilung 4 der Staatskanzlei mit Zentralem Personalmanagement



13.2. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Angesichts der hohen Belastungen für die Landesverwaltung und der Vielzahl von Aufgaben ist es Ziel, die Gesundheit der Beschäftigten der Landesverwaltung für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst auf Dauer zu erhalten und zu fördern. Das ZPM wird daher die zentrale Stelle für betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) zur Koordinierung der zahlreichen Aktivitäten der Ressorts im Bereich des BGM weiterentwickeln.

Ein wichtiger Meilenstein in diesem Prozess ist die zum 1. Januar 2015 in Kraft getretene Vereinbarung gemäß § 59 MBG SH zur Einführung eines BGM in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung.

In der Vereinbarung werden unter anderem Maßnahmen der Verhältnisprävention und der Verhaltensprävention sowie Wege im Umgang mit Erkrankungen aufgezeigt. Ziele des betrieblichen Gesundheitsmanagements sind unter anderem die Förderung der Mitarbeiterzufriedenheit, Leistungsfähigkeit und Motivation, Unterstützung im Umgang mit Sucht und psychischen Belastungen, Erweiterung des Wissens über gesundheitsgerechtes Führungsverhalten sowie die Reduzierung gesundheitsbeeinträchtigender Verhältnisse am Arbeitsplatz.

Als wesentlicher Teil des ressortübergreifenden betrieblichen Gesundheitsmanagements ist die Leitstelle „Suchtgefahren am Arbeitsplatz“ ebenfalls an das ZPM angeschlossen. Sie ist eine Serviceeinrichtung für alle Beschäftigten der Landesverwaltung, die bereits seit 1992 bei der Gesunderhaltung der Beschäftigten hilft. Ein Hauptbestandteil der Tätigkeit ist die Schulung von Suchthelfern und Führungskräften. Das Angebot ist in hohem Maße anerkannt und nachgefragt, so dass regelmäßig auch Wirtschaftsunternehmen Teilnehmerplätze buchen.

13.3. Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung

Die für den Berichtszeitraum 2014 ermittelten Zahlen bestätigen in mehrfacher Hinsicht die Entwicklungen, die die Landesregierung in ihrem „Vierten Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst – Vierter Gleichstellungsbericht (2009 bis 2013)“ - Drucksache 18/2498 - bereits festgestellt hat.

Danach liegt der Frauenanteil in der Landesverwaltung auch im Dezember 2014 weiterhin über 50 Prozent. In fünf von acht Geschäftsbereichen sind mehr Frauen als Männer beschäftigt.

Dennoch sind Frauen in Führungs- und Leitungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Im Durchschnitt ist nur jede vierte bzw. jede dritte Leitungsfunktion auf Abteilungs- bzw. Referatsleitungsebene im Bereich der obersten Landesbehörden weiblich besetzt.

Im zurückliegenden Dezember 2014 waren 49,8 Prozent der Frauen im Landesdienst in Vollzeit tätig (und dementsprechend 50,2 Prozent in Teilzeit). Die Männer der Landesverwaltung arbeiteten im Dezember 2014 zu 84,4 Prozent in Vollzeit (und dementsprechend zu 15,6 Prozent in Teilzeit).

Insofern waren im Dezember 2014 insgesamt 23.280 Menschen im Landesdienst in Teilzeit tätig, hiervon 18.703 Frauen (80,3 %) und 4.577 Männer (19,7 %, siehe Tabelle 4.2. dieses Berichts).

Zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung hat die Landesregierung mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2014 zur geschlechterparitätischen Gremienbesetzung einen Meilenstein gesetzt.

Zu nennen sind an dieser Stelle auch die Empfehlungen für diskriminierungsfreies Beurteilungsverfahren sowie die Erprobung von „Gender Budgeting“ in allen Ressorts der Landesverwaltung.

Die Landesregierung hat zudem am 30. Juni 2015 einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Beamtenrechts in Schleswig-Holstein beschlossen und dem Landtag zugeleitet.

Dieser Gesetzentwurf greift das Bedürfnis der Beschäftigten nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und persönlichen Lebenslagen auf. Mit der Einführung von Familienpflegezeit, mehr Teilzeitoptionen und Freistellungsmöglichkeiten bei besonderen familiären Verpflichtungen schärft die Landesregierung das soziale Profil des öffentlichen Dienstes, auch hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Fazit:

Aus den vorliegenden statistischen Erhebungen geht hervor, dass Fortschritte hinsichtlich einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung gelingen können. Fragen der Gleichstellung werden daher in der Verwaltungsarbeit und bei Fortentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen konsequent weiterverfolgt.

13.4. Flexible Arbeitsformen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische Landesverwaltung bietet schon seit langem gute Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist ein bedeutender Beitrag zur Fachkräftesicherung und -gewinnung. Die möglichen Maßnahmen werden dafür regelmäßig weiterentwickelt.

13.4.1. Einführung flexibler Arbeitsformen in der Landesverwaltung

Um die Attraktivität der Landesverwaltung Schleswig-Holstein für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter zu erhöhen, sollen die Arbeitsbedingungen moderner und Arbeitszeiten flexibler werden.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten durch zeitliche und räumliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation vielfältige Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität, Arbeitsbedingungen und Arbeitsproduktivität in einer modernen Arbeitswelt. „Flexible Arbeitsformen“ (Ortsunabhängigkeit / Zeitsouveränität), die ergebnisorientiert sind und zeitliche Spielräume schaffen, sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie besonders attraktiv und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ziel ist eine effektive und effiziente Aufgabenerledigung, die durch den Einsatz moderner Technik soweit wie möglich unabhängig von Zeit und Ort erfolgen kann.

Inhaltliche Schwerpunkte sind die Bereiche:

- Kommunikations- und Informationstechnik
- Flächenmanagement
- Führung und Zusammenarbeit

Hierfür werden in Pilotfeldern auf der Grundlage der rechtlichen Rahmenbedingungen verschiedene Grundformen und Bausteine als innovative Arbeitsmodelle entwickelt bzw. vorhandene auf ihre Übertragbarkeit überprüft. Sie sollen unterschiedliche Impulse bieten, um ressortspezifische, maßgeschneiderte Lösungen selbst zu erarbeiten.

Mit den thematisch verwandten Ansätzen „Chancengleichheit“ und „Work-Life-Balance“ wird so ein Handlungsfeld gebildet, mit dem die Landesverwaltung auf den drohenden Fachkräftemangel reagieren kann (Attraktivität als Arbeitgeber für die Bindung und Rekrutierung von Fachkräften).

13.4.2. Teilzeitbeschäftigung / Wohnraumarbeit (ehemals „alternierende Telearbeit“)

Teilzeitbeschäftigung ist eine Beschäftigungsform, die in besonderem Maße geeignet ist, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Wohnraumarbeit kann diesen Effekt noch verstärken.

Die Teilzeitbeschäftigung im Landesdienst hat in 2014 einen Anteil von 35 % aller Beschäftigungsverhältnisse erreicht (siehe Tabelle 4.2. dieses Berichts) und setzt damit den stetig ansteigenden Trend dieser Beschäftigungsform fort.

Die Möglichkeit einer (befristeten) Teilzeitbeschäftigung wird von Familien oft für die Betreuung von Kindern oder für die Pflege von Angehörigen genutzt. Frauen stellen hier mit 50,2 % aller Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor den mit Abstand größeren Anteil gegenüber ihren männlichen Kollegen mit lediglich 15,6 % aller Beschäftigungsverhältnisse (siehe Tabelle 4.2. dieses Berichts).

Ein möglicher Grund hierfür könnte ein auch heute noch weit verbreitetes konservatives Rollenbild sein. Noch immer sind viele Frauen vorwiegend für den häuslichen Bereich einschließlich der Kindererziehung zuständig, während Männer in erster Linie für die Erzielung des Familieneinkommens sorgen.

Die Pflege von Angehörigen wird in Zeiten demographischer Veränderungen immer wichtiger. Durch entsprechend verbesserte gesetzliche und tarifliche Regelungen zur Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung werden Beschäftigte bei

der Wahrnehmung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe verstärkt unterstützt.

Besondere Aufmerksamkeit kommt in diesem Zusammenhang der Möglichkeit zu, die Aufgabenerledigung auch im Rahmen von Wohnraumarbeit durchzuführen. Für die Kinder- oder Angehörigenbetreuung beispielsweise ist eine durchgehende Aufsicht nicht stets erforderlich. Stattdessen ist eine punktuelle Verfügbarkeit oder eine Anwesenheit „auf Abruf“ oftmals ausreichend. Auf diese Weise kann die tage- bzw. zeitweise Wohnraumarbeit in besonderem Maße dazu beitragen, berufliche Belange mit persönlichen Lebenslagen in idealer Weise miteinander zu verbinden.

Wohnraumarbeit wird statistisch bisher nicht erfasst, insofern liegen hierzu noch keine entsprechenden Daten vor.

Fazit:

Durch ihre Initiative zur Einführung flexibler Arbeitsformen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein will die Landesregierung die Attraktivität einer Tätigkeit in der Landesverwaltung steigern, indem sie verbesserte Möglichkeiten bietet, berufliche und persönliche Belange miteinander zu verbinden.

13.5. Personalabgangsprognose im Lichte des demografischen Wandels

Wie aus den Tabellen 10.1. bis 10.3. hervorgeht, werden bis zum Jahr 2027 voraussichtlich 20.393 von 66.547 Landesbeschäftigten altersbedingt ausscheiden. Die genauen Zahlen und Zeitpunkte für den Eintritt in den Ruhestand stehen jedoch derzeit noch nicht fest. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass dieser Übergang einerseits durch individuelle Renten- und Pensionsmodelle bereits vor Erreichen der Regelaltersgrenze vollzogen werden kann. Andererseits ist im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bzw. Dienstherrn eine über die Regelaltersgrenze hinausgehende Beschäftigung möglich.

Der demografische Wandel und die damit einhergehenden Probleme (Alterung der Gesellschaft und der Beschäftigten, Verknappung der Nachwuchskräfte) werden die Landesverwaltung vor große Herausforderungen stellen.

Um diese erfolgreich bewältigen zu können, werden von der Landesregierung zwei Lösungswege verfolgt.

So hat die Landesregierung bereits 2014 ein Nachwuchskonzept vorgelegt, dessen Ziel darin besteht, den für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst notwendigen Bestand an qualifiziertem Fachpersonal bereits heute durch rechtzeitige Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften zu sichern.

Der Dienstherr kann sich allerdings nicht darauf beschränken, Nachwuchskräfte anzuwerben und einzustellen, sondern muss zudem auch die im Dienst befindlichen Beschäftigten über die Altersgrenze hinaus an sich binden und deren Kompetenzen für sich erhalten. Anderenfalls lassen sich weder das Problem des demografischen Wandels noch die Anforderungen an das Bestandspersonal, die durch die derzeitige

Flüchtlingsproblematik noch verstärkt werden, adäquat lösen bzw. bewältigen.

Die Landesregierung hat daher den Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Landesbeamtenrechts vorgelegt mit dem Ziel, qualifiziertes Fachpersonal durch Attraktivitätssteigerungen im öffentlichen Dienst zu gewinnen bzw. dieses zu halten und dadurch auch in Zukunft die Aufgabenerledigung auf dem gleichen hohen Niveau zu halten, wie bisher.

Tabelle 13.5		Nachwuchskräfte - Planungen der Ressorts 2015 - 2023 (unmittelbare Landesverwaltung einschließlich Landesbetriebe)										
Ressort/ Ausbildende Dienststelle	Bezeichnung der Ausbildung / des Referendariats oder Trainee	Geplante Anzahl									Gesamt	
		2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015		
Stand: Dezember 2015												
MJKE GESAMT	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	433	432	434	435	436	432	428	453	444	3927	
MSB GESAMT	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	910	960	910	910	960	910	910	910	950	8330	
MIB GESAMT	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	312	320	369	365	366	472	471	469	325	3469	
MELUR GESAMT	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	18	12	18	13	23	15	22	16	15	152	
FM GESAMT	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	123	128	128	128	128	128	128	153	118	1162	
MWAVT GESAMT	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	32	28	33	32	28	33	32	27	34	279	
Alle Ressorts	Alle Ausbildungen / Referendariate oder Trainees	1828	1880	1892	1883	1941	1990	1991	2028	1886	17319	

Quelle: Landesregierung SH

Fazit:

In allen Bereichen der Landesverwaltung wird zukünftig erheblicher Bedarf an geeignetem Personal bestehen. Diese Herausforderung kann die Landesverwaltung als attraktiver, moderner und zukunftssicherer Arbeitgeber mit den beiden oben dargestellten Lösungswegen erreichen.

13.6. Vermeidung von Frühpensionierungen durch betriebliche Gesundheitsförderung

Mit der Vereinbarung gemäß § 59 MBG SH zur Einführung eines BGM in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung (s.o. Nr. 13.2.) soll durch betriebliche Gesundheitsförderung ein wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von Frühpensionierungen geleistet werden.